

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 M., monat 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei im Post-
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7674
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 28. September 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Unsere Postabonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Zum 30jährigen Jubiläum der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine.

Das Jahr 1868 ist für die Arbeiterklasse von hoher Bedeutung; die Aufhebung der gesetzlichen Koalitionsverbote stand bevor. Wie erklärlich, erwarteten von der Verleihung des Koalitionsrechts die verschiedenen politischen Parteien einen Aufschwung der Arbeiterbewegung. Mit Recht erwartete man, daß die Arbeiter die Koalitionsfreiheit zur Gründung von Vereinigungen auf wirtschaftlichem Gebiete benutzen würden.

Die Arbeiter hatten sich bisher zum größten Teil im Schlepptau der Fortschrittspartei befunden; der Einfluß derselben begann nach und nach infolge der sozialdemokratischen Agitation immer geringer zu werden. Da galt es für die bürgerlichen Parteien auf dem Posten zu sein, um die Führung der Arbeitermassen nicht völlig zu verlieren. Man plante die Gründung von Gewerkvereinen nach dem Muster der englischen Trades Unions. Dr. Max Hirsch wurde nach England geschickt, um dort Studien über jene mächtigen Arbeiterorganisationen zu machen. Seine Berichte, voll Lob und Anerkennung, erschienen in der Berliner „Volls-Zeitung“.

Während Dr. Max Hirsch aber noch in England weilte, begannen in Deutschland von sozialdemokratischer Seite schon die Vorbereitungen zur Einberufung eines allgemeinen Arbeiter-Kongresses zwecks Gründung von Gewerkvereinen. Auf der Generalversammlung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ stellte Friedrich e, Präsident des 1865 gegründeten „Deutschen Tabalarbeiter-Vereins“, einen diesbezüglichen Antrag. Derselbe wurde zwar abgelehnt, Dr. v. Schweiger und Friedrich e jedoch das Recht zugestanden, als Privatpersonen einen solchen Kongress zu berufen. Der von beiden erlassene Aufruf zur Beschickung eines Kongresses wurde von den Arbeitern äußerst sympathisch aufgenommen. Als der Kongress am 26. September 1868 in Berlin unter dem Vorsitz v. Schweiger's zu Sammelrat, übertraf er alle Erwartungen. Anwesend waren 206 Delegierte aus den verschiedensten Theilen Deutschlands. Dieselben vertraten 142 000 Arbeiter in 110 Orten.

Dr. Max Hirsch war inzwischen aus England zurückgekehrt. In der Erkenntnis, daß die Fortschrittspartei den richtigen Zeitpunkt zur Organisierung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete verpaßt hatte, verlegte er und seine Freunde, den Kongress zu führen.

Wie die Vertreter der Arbeiter Herrn Dr. Max Hirsch und seinen Anhang beurteilten, beweist die Annahme folgender Resolution des Kongresses:

„In Erwägung, daß die Versammlung zweifellos erkannt hat, daß die betreffenden Herren lediglich erschienen sind, um im Interesse der Kapitalisten Unfrieden und Störung unter den Arbeitern zu veranlassen, ersucht die Versammlung die betreffenden Herren, sich zu entfernen.“

Als dieselben trotz der Aufforderung des Vorsitzenden dem Beschluß nicht nachkamen, wurde ihnen gegenüber von dem Hausrecht Gebrauch gemacht, und die Resolution mit Gewalt durchgesetzt.

Hornentbrannt berief Dr. Max Hirsch seine Getreuen auf den 28. September zu einer Versammlung mit der Parole: „Wiederherstellung des von Schweiger vollständig verzerren Systems der englischen Berufsorganisation in seiner Keinheit, Erlaß der auf „cajaristischer“ Grundlage in der ausschließlichen Absicht der Erwidung und Schärung des Klassenkampfes errichteten Schweiger'schen Gewerkschaften durch „Gewerkvereine“, welche die Harmonie der Interessen des Kapitals und der Arbeit in den Vordergrund stellen und zu allmählicher friedlicher Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter führen sollen.“

Die Versammlung tagte unter dem Vorsitz des Reichstags-Abgeordneten Franz Dunker, der später in einer Wahlrede im Oktober 1873 offen erklärte, daß die Gründung der Gewerkvereine unter Zustimmung und Mitwirkung der Fortschrittspartei geschah, um der Schweiger'schen Demagogie, der damals seine Bataillone organisierten wollte, entgegenzutreten.“

Politische Motive waren es, die zur Gründung der Gewerkvereine führten; wiederholt hat später der „Gewerkverein“, das Organ der Hirsch-Dunker'schen, zur Unterstützung der Fortschrittspartei aufgefordert; und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag.

Als Schreiber dieses vor der letzten Wahl in eine von einem Ordreverein der Gewerkvereine einberufene Versammlung ging, um einen Vortrag von dem Redakteur des „Gewerkvereins“ über die Leistungen der Gewerkvereine mit anzuhören, bekam er statt dessen eine Wahlrede für die freisinnige Volkspartei zu hören.

Die Arbeiter von der Sozialdemokratie abzuhalten und dieselben als Heeresfolge den Freisinnigen zu erhalten, ist noch heute der Hauptzweck der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine.

Bei der am 10. September in der „Konfordia“ in Berlin abgehaltenen „Jubelfest“ der Gewerkvereine trat dies in den von den Ehrengästen, (zum größten Teil freisinnige Reichstags- und Landtags-Abgeordnete und Stadtverordnete) gehaltenen Reden sehr deutlich hervor. Reichs- und Landtags-Abgeordnete, Stadtverordnete-Vorsitzer Dr. Paul Langerhans meinte: „Hätte das Bürgertum die Gewerkvereine nur früher verstanden und ihre Bestrebungen unterstützt, so hätten die Gewerkvereine die Sozialdemokratie längst völlig zurückgedrängt.“ Reichstags-Abgeordneter Otto Fischel erklärte, wie das Programm der Gewerkvereine sich in wesentlichen Punkten mit dem wirtschaftlichen Teil des Programms seiner Partei (der freisinnigen Volkspartei) decke.

Die parteipolitische Tendenz der Gewerkvereine geht im übrigen auch klar daraus hervor, daß der Verbandstag der Gewerkvereine im Oktober 1876 zu Breslau die Einbürgerung eines Arbeiters beschloß, durch dessen Unterzeichnung jeder Beitretende zu erklären hat, weder Mitglied, noch Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. Die Abschaffung dieses Gesetzes wurde auf dem letzten Verbandstag in Magdeburg anfangs Juni d. Js. mit allen gegen 3 Stimmen abermals abgelehnt.

Wenn die Gewerkvereine wären, was sie angeblich sein wollen, unpolitische wirtschaftliche Vereinigungen zum Zwecke der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, wie könnten sie dann die Anhänger einer über 2 Millionen starken politischen Partei von der Mitgliedschaft zurückweisen? Wer die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter fördern will, muß dahin streben, die Arbeitermassen zu organisieren, wer wegen parteipolitischer Fragen die Anhänger irgend einer Partei von der Mitgliedschaft zu einer wirtschaftlichen Arbeitervereinigung ausschließt, treibt Sonderhändel und schädigt dadurch die Interessen der Arbeiter. Die weitere Entwicklung der Gewerkvereine liefert hierfür hinreichende Beweise.

„Harmonie zwischen Kapital und Arbeit!“, unter dieser Devise wurden am 28. September 1868 die von Dr. Max Hirsch entworfenen „Grundzüge zur Konstituierung von Gewerkvereinen“ angenommen und später ein sogenanntes Musterstatut für Gewerkvereine geschaffen. Im Jahre 1869 sollen sich nach den Angaben von Dr. Max Hirsch bereits 12 Gewerkvereine mit 30 000 Mitgliedern organisiert haben.

Wie wurden diese Mitglieder gewonnen?

In seiner Schrift: „Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkvereine“ erzählt uns Dr. Max Hirsch, daß seine Harmoniebestrebungen so viel Anklang fanden, daß nicht selten große und kleine Arbeitgeber und Unternehmer, darunter hervorragende Werkbesitzer, öffentlich und warm für die Bestrebungen der Deutschen Gewerkvereine eintraten, ja, daß sie denselben sogar selbst als zahlende Mitglieder beitraten. Die völlige Ungefährlichkeit der Gewerkvereine gegenüber dem Kapital wird dadurch von Dr. Max Hirsch selbst auf treffendste gekennzeichnet, gleichzeitig aber auch erklärt, wie teilweise die „freiwilligen Anhänger und Gesinnungsgenossen“ des Herrn Dr. Max Hirsch geworden sind.

Dr. Rudolf Meyer schildert uns später im Jahre 1873, wie für die Gewerkvereine agitiert wurde, mit folgenden Worten: „Endlich muß man nicht vergessen, daß Hirsch von vielen, ja jetzt fast von der ganzen Fabrikantenwelt protektioniert wird, die thörichterweise meint, er werde die Arbeiter dauernd fördern und vor dem Einfluß der Sozialdemokratie schützen. Viele Fabrikanten kommandieren ihre Arbeiter förmlich in die Hirsch-Dunker'schen „konservativen“ Vereine. Borneweg müssen die Faktoren, Werkführer, Aufseher und die, welche man auf der Schule „Theesächse“ nennt, in jene Vereine eintreten und die ziehen dann andere nach.“

Aber nicht überall wurden Hirsch's Harmoniebestrebungen so günstig aufgenommen. Dr. Max Hirsch erzählte den Arbeitern in seinen Vorträgen von den Erfolgen der englischen Trades Unions. Die großen Kapitalisten aber wußten, daß die Erfolge derselben nicht durch Harmoniephrasen-Drescherie, sondern durch erbitterte, gewaltige Kämpfe errungen waren, sie trauten deshalb den Harmoniebestrebungen nicht recht.

Am 11. Juli 1869 sprach Dr. Max Hirsch vor den Bergleuten im Kohlengrubenbezirk Waldenburg in Schlesien und gründete dort einen Ortsverein. Der Beitritt zu demselben war stark. Schon im September 1869, also kaum ein Vierteljahr nachher, überreichte der Generalrat des neuen Gewerkvereins den Arbeitgeber eine Denkschrift, in der er Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit forderte. Die Arbeitgeber verweigerten es, in Unterhandlungen einzutreten, kündigten den Arbeitern die Arbeit und die Wohnung und verlangten den Austritt aus dem Gewerkverein, ehe sie die Kündigung zurücknahmen.

Ende November beschloß die Bergarbeiter den Streik, am 1. Dezember wurde die Arbeit fast im ganzen Waldenburger Becken niedergelegt. Wohl oder übel mußte Dr. Max Hirsch den Streik zur Verhandlungssache machen; er hatte den Arbeitern so viel von dem Kraftzuwachs und dem Vorteil der Vereinigung vorgepredigt, daß er schließlich nicht mehr juristisch konnte. Mittel zur Führung des Kampfes waren aber nicht vorhanden. In seiner Noth wandte sich Dr. Max Hirsch an die Fortschrittspartei, welche dann auch circa 26 000 Thaler zur Unterstützung des Streiks aufbrachte.

Der Aufbruch der sozialdemokratischen Partei zu Braunshweig erstreckte damals einen Aufruf, worin es hieß: „Wir fragen nicht danach, ob Ihr die Grundzüge unserer Partei erkannt oder begriffen habt, wir fragen nicht danach, ob auch in eure Seele schon die Begeisterung hineingehaucht ist für die ewig wahren, für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus! Ihr seid Arbeiter, die mit den Feinden der Arbeit im Kampfe liegen, Ihr seid unsere Brüder: Das ist genug! Hier unsere Hand zur Hilfe!“

Lang Herrn Dr. Max Hirsch das Wohl der Arbeiter wirklich am Herzen, so mußte er die Hilfe annehmen, von wem immer sie geboten wurde. Die „unpolitischen“ Gewerkvereine lebten diese Hilfe ab, der Streik ging infolge mangelnder Mittel verloren; trotz allen Wiltens und Fleißens des Herrn Dr. Max Hirsch blieben die Kapitalisten unerbittlich. Ende Januar 1870, schreibt Dr. Max Hirsch, „war alles vorbei.“

Nach dem Muster der englischen Trades Unions wollte Dr. Max Hirsch die deutschen Arbeiter organisieren. Nun wohl! Die englischen Arbeiter haben auch Niederlagen zu verzeichnen gehabt, weil sie anfänglich Streiks ohne genügende Mittel begannen. Aber im Krieg lernen sie den Krieg! Die verlorenen Kämpfe waren für sie eine Lehre, daß sie sich zum abemaligen Angriff besser rüsten müßten. Und das war die Ursache ihrer späteren Erfolge!

Was lernten Dr. Max Hirsch und seine Freunde aus der Waldenburger Niederlage? Diese erste Schlappe war ihnen so in die Glieder gefahren, daß sie für alle Zeiten auf einen ernstlichen Kampf mit den Kapitalisten Verzicht leisteten. Infolge dessen fielen die Arbeiter in Schaaren ab, die Mitgliederzahl der Gewerkvereine sank rapid, von 30 000 auf 10 000.

Um bei den Fabrikanten wieder zu Gnaden aufgenommen zu werden, gab Dr. Max Hirsch in einem Erlaß vom 23. April 1871 öffentlich und feierlich die Erklärung ab: „daß die deutschen Gewerkvereine, weit entfernt, Arbeitseinstellungen zu provozieren, dieselben vielmehr auf alle Weise zu erschweren und zu verhindern suchen werden.“

Mit dieser Erklärung war das Schicksal der Gewerkvereine als Organisationsform zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse besiegelt; um seine Gewerkvereine am Leben zu erhalten, wandelte Dr. Max Hirsch dieselben immer mehr in Unterstützungsvereine um. Nationale Kranke- und Vegräbnisvereine wurden gegründet und später nach Justizminister des Kaiserlichen Hofes in eingeschriebene Gewerkschaften-Güßklassen umgewandelt. Rechtschick, Reise- und Ueberfließungs-Beihilfe, fakultative, in neuerer Zeit obligatorische

Arbeitslosen-Unterstützung wurden eingeführt. Durch dieses Unterstützungs-System und zum Theil wiederum durch die Beihilfe von Arbeitgebern und Werkmeistern gelang es Herrn Dr. Max Hirsch, nach und nach wieder einen größeren Theil Arbeiter für seine Gewerkvereine einzufangen.

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September.

Podbielski'scher Beamtenfang. Wir hatten kürzlich den Verbehmungsulaß des Staatssekretärs des Reichs-Postamts gegen den „Deutschen Postboten“, das Organ zur Vertretung der beruflichen Interessen der Post-Unterbeamten, mitgeteilt. Wir wiesen auch bereits darauf hin, daß unter dem Titel „Neue Post“ ein Konkurrenz-Unternehmen gegen den „Postboten“ gegründet werden solle. Wie nun die Postbehörden dieses neue Blatt den Post-Unterbeamten aufzudrängen versuchen, das zeigt folgender neuer Erlaß, der uns aus einer benachbarten Stadt zugefandt wird und an alle Verkehrsanstalten des betreffenden Ober-Postdirektionsbezirktes gerichtet ist. Der Erlaß lautet:

„In C. Heymann's Verlag in Berlin wird vom 1. Oktober ab eine neue Postunterbeamten-Zeitung unter dem Namen „Neue Post“ erscheinen. Eine Probenummer wird inzwischen an sämtliche Verkehrsanstalten bei dem dortigen Amte bez. den zugehörigen Post-Agenturen eingegangen sein.“

Es erscheint zweifelhaft und liegt vor allem im eigenen Interesse der Unterbeamten, daß ihnen seitens des Herrn Amtsvorstehers mündlich an der Hand des Inhalts der Probenummer die neue Zeitschrift empfohlen werde. Dies braucht jedoch nicht etwa geheim zu gehalten, sondern kann vor aller Augen erfolgen.

Die Zeitung soll außer der Befriedigung des Befehlsbedürfnisses im wesentlichen einer thätkräftigen Vertretung der Interessen der Unterbeamten in geeigneter und würdiger Weise dienen. Mit Rücksicht hierauf darf erwartet werden, daß der Herr Vorsteher es sich recht angelegen sein lassen werde, auch für die Verbreitung der „Neuen Post“ zu sorgen.

Zur Förderung der Sache und zur Unterstützung des Herausgebers, einer der Verwaltung nicht angehörigen Person, ist jedoch die Zustimmung von Leitenden, Vereinsnarrichten, Dienstaufsicht aus den einzelnen Städten, über Einrichtungen, welche die Unterbeamten interessieren oder zu ihrem Besten dienen u. s. w. seitens des Unterbeamten-Personals sowohl als auch seitens des Herrn Vorstehers bezw. eines sonstigen geeigneten Beamten dringend erwünscht.

Derartige Nachrichten, die in freier und offener, selbstverständlich aber vorurtheilsfreier Sprache abgefaßt werden können, würden unmittelbar an die Redaktion der „Neuen Post“ zu senden sein. Insbesondere sind Vereinsnarrichten in hohem Maße willkommen. Solche Zusendungen werden sich, da die Vereine, dem jüngsten Erlaß des Herrn Staatssekretär zufolge, vor der Unterstützung des „Postboten“ gewarnt worden sind, insoweit erreichen lassen.

Die Ober-Postdirektion vertraut, daß der Herr Amtsvorsteher zu dem guten Zweck seine Mitwirkung nicht verlegen und zur Erhaltung des Geistes, der Pflichttreue und eines der Dienstzucht entsprechenden guten Einvernehmens zwischen Untergebenen und Vorgesetzten nach Kräften und in verständnisvoller Weise beitragen werde.

Besüglich der zugetheilten Postagenturen wolle der Herr Amtsvorsteher das Erforderliche in geeigneter erscheinender Weise ebenfalls alsbald wahrnehmen.

Also ein regelrechtes, klug ausgeführtes, mit allen Machtmitteln und großer Schläue ausgeführtes Kesseltreiben gegen die den Postgewaltigen mißliebige gewordene Fachzeitschrift.

Von der neu zu gründenden Zeitung wird vorweg versprochen, sie solle „einer thätkräftigen Vertretung der Interessen der Unterbeamten“ dienen. Aber hat denn diese Aufgabe nicht auch der „Postbote“ befohlen? Freilich, es wird hinzugesagt: „in geeigneter und würdiger Weise“. Da hat wohl der „Postbote“ gesündigt! Er ist zwar staats-treu, königstreu, patriotisch, antisozialdemokratisch, aber dennoch wird er nicht „geeignet und würdig“ befunden. Er hatte eben — das ist seine einzige Sünde — sich der Interessen der Postbeamten angenommen, ohne sich zuvor mit den oberen Kreisen der Postverwaltung ins Einvernehmen zu setzen, ohne sich von dort Winke geben zu lassen, wo die Grenze zwischen dem „geeigneten und würdigen“ und dem nicht geeigneten und nicht würdigen zu ziehen sei. Er ist ein selbständiges Organ, er ist das unmittelbare Sprachrohr der vielfach beschwerten und leidenden Postproletarier. Darum soll er erdroffelt werden und ein Blatt soll ihn ersetzen, das — trotz aller süß schmeichelnden Worte des obigen Ukases — nichts weiter sein kann, als ein Reptil unter dem sorgsamem Schutz der Postdirektionen, die auf diese Weise eine rüdenstarke, eigenartige, selbständige Bewegung der Unterbeamten beseitigen und eine kritiklose Gefolgschaft an die Stelle frei denkender und männlich handelnder Berufs-kollegen setzen möchten.

Zu diesen edlen Zielen bewähren die Arrangeure eine Geschäftsmache, die ihrem Chef, dem ehemaligen Leiter des Offizier-Waarenhauses, wahrlich alle Ehre macht.

Und dennoch werden die Methoden des Herrn v. Podbielski keinen Erfolg haben. Die unteren Postbeamten, die ihrer Dienstpflicht aufopferungsvoll nachkommen, werden sich nimmer unter die ihnen zugedachte Bevormundung zwingen lassen. Sie werden, je früher man sie drücken möchte, um so stolzer sich aufrichten! —

Ein Wahlerfolg der Sozialdemokratie. Bei den Landtagswahlen in Neuchâtel kommt es im ersten und zweiten Kreise zu Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten. Im dritten und vierten Kreise wurden die Sozialdemokraten Levin und Vetterlein gewählt. Ein Mandat hat somit unsere Partei gewonnen. —

Deutsches Reich.

Der Kolonialrat ist zum 24. Oktober d. J. 11 Uhr vormittags, zu seiner neuen Legislaturperiode einberufen worden. Die Etats für die Schutzgebiete werden dem Kolonialrat vorgelegt werden. —

Der dritte national-soziale Parteitag wurde am Montag in Darmstadt eröffnet. 180 Delegierte waren erschienen. Harrer a. D. Wendt-Leipzig erstattete den Geschäftsbericht. Er erwähnte, daß nach der Rede des Kaisers in Deenhansen mehrere Arbeiter aus dem Verein ausgetreten seien, weil sie nicht mehr eine zugleich nationale und soziale Politik verfolgen könnten. Hierauf wurde beschlossen, daß neben dem bisherigen Vorstand von sieben Mitgliedern, dessen Sitz nach Berlin verlegt wird, ein weiterer Ausschuss von fünf Mitgliedern, die nicht in Berlin zu wohnen brauchen, eingesetzt wird. Harrer Raumann erstattete sodann den politischen Jahresbericht, in dem er u. A. erklärte, daß die Partei mit den 2500 Stimmen, die sie bei den Reichstagswahlen erhalten habe, unter den obwaltenden Verhältnissen aufreiben sein könne. Der Redner verteidigt sodann die Haltung der Partei bei der Reichstagswahl, besonders auch gegenüber der Sozialdemokratie, und betont die Notwendigkeit eines starken Heeres. Die folgende Debatte beschäftigte sich besonders mit der türkischen Politik der Reichsregierung. Abgemacht wurde beschlossen, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Kommunalprogramms einzusetzen. —

Gegen Volksfestlichkeiten. Die in Rheinland seit einiger Zeit vielbesprochene Frage betreffend die Einschränkung der Armeefest und Festlichkeiten ist nunmehr in ein weiteres Stadium getreten, indem der Regierungspräsident von Köln die Gewerbe-Inspektion des Regierungsbezirks mit Erhebungen darüber beauftragt hat, ob es sich empfiehlt, durch Polizei-Verordnung die Festlichkeiten einzuschränken. —

Burg auf Schwann, 26. September. Ein heute angestellter Versuch zur Hebung des Torpedobootes „S 85“ ist gelungen. Das Torpedoboot liegt leertempert unter dem Schutze der Hebeponons vor der Burgsaatener Hafeneinfahrt und wird morgen in diesen Hafen geschleppt werden. Hier wird das Torpedoboot vor seiner Walfahrt nach Kiel noch eine sorgfältigere Abdichtung erfahren. —

München, 27. September. Das hiesige Oberlandesgericht verwarf heute die von dem Schriftsteller Maximilian Harden in Berlin gegen das Urteil der Strafkammer eingelegte Revision. Die Strafkammer hatte das schöffengerichtliche Urteil bestätigt, welches Harden wegen groben Unfugs, begangen in einem Artikel seiner Zeitschrift „Die Zukunft“ über König Otto von Bayern zu 14 Tagen Gefängnis verurteilte. —

Diese endgültige Verurteilung Harden's kam nur dazu beitragen, daß die Notwendigkeit eines Einwirkens der Reichs-Gesetzgebung gegen die unglücklichen Auslegungen des § 380, 11 des Strafgesetzbuches in immer weiteren Kreisen erkannt wird. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts I verurteilte den Tischler Wohle, gegen den der Staatsanwalt 9 Monate beantragt hatte, wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Monaten Gefängnis. Die Strafanzeige, die dahingehend, daß sich der Angeklagte beim Anblick eines Kaiserbildes schwerer Beleidigungen gegen die Person des Kaisers schuldig gemacht habe, war von Verwandten erstattet worden, mit denen der Angeklagte in Feindschaft gerathen war. Ein Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung ist gegen die Frau des Tischler Genossen Tolsdorf eingeleitet. Die Verhandlung soll nächstens vor der Strafkammer stattfinden. Grund zur Anklage gab eine Denunziation von Nachbarn, mit denen Frau Tolsdorf sich nicht gut stand. —

Oesterreich.

Wien, 27. September. Das Herrenhaus nahm die Wahl der Notendeputation vor.

Der sozialdemokratische Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses wird folgenden Dringlichkeitsantrag einbringen:

„Die Regierung wird aufgefordert, das Ergebnis ihrer August-Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über den Ausgleich dem Hause ungekürzt bekannt zu geben. Das Abgeordnetenhaus spricht die Ueberzeugung aus, daß die Durchführung des Ausgleichs auf Grund des § 14 ein schwerer Verfassungsbruch und der Abschluß des Ausgleichs unter den bisherigen oder noch verschlechterten Bedingungen eine Preisgebung der wirtschaftlichen Interessen der österreichischen Völker wäre.“ —

Andersetzungen gegen Italiener. Aus Agram wird vom 27. September gemeldet: Bei einem Bau im Dorfe Vebelovcina

beschäftigte kroatische Maurer verjagten gestern ihre italienischen Genossen und verfolgten die Fliehenden bis nach Jabol, wo dieselben blutüberströmt eintrafen. Mehrere Italiener sind schwer, einige leicht verwundet. Die Behörden trafen Sicherheitsmaßregeln. —

Schweiz.

Vern, 26. September. (Fig. Ver.) In der gestrigen Volksabstimmung wurde leider der städtische Minimallohn mit 2683 gegen 2041 Stimmen abgelehnt. Das ist sehr zu bedauern und die Reinsager haben da keine schöne That vollbracht. Die Meister, Kaufleute, Besizenden aller Art, welche mit nein stimmten, behanden durch ihre Stimmabgabe eine schlechte Meinung, eine brutale Rücksichtslosigkeit gegenüber ihren armen, fleißigen Mitbürgern, die städtische Arbeiter sind. —

Frankreich.

Paris, 27. September. Die meisten republikanischen Blätter begrüßen den Beschluß des gestrigen Ministerrathes als eine wahrhaft befreiende That. Der „Siecle“ erklärt, die Entscheidung über die Regierung und werde gerade von der Armee mit größter Freude aufgenommen werden. „Aurore“ sagt, eine Regierung der Wahrheit beginne, Frankreich habe wieder den Weg hochherziger Gerechtigkeit betreten. Jaurès schreibt in der „Gazette Républicaine“, die Schlacht werde erst dann gewonnen sein, wenn die gesammten Akten der Affäre Dreyfus und die Akten der Missethaten des Generalstabes vor Frankreich ausgebreitet würden. Die Generalkassaborgane greifen Drifon mahlos heftig an und nennen die Revision verbrecherisch, ungesetzlich und widersinnig. Dem „Figaro“ zufolge habe Drifon, als Sartien Bedenken äußerte, sich bereit erklärt, selbst das Justizportefeuille zu übernehmen und Sartien das des Innern zu überlassen. Dem „Journal“ zufolge werde der Kassationshof seine Entscheidung vor dem Zusammentritt der Kammer fällen. —

Italien.

Rom, 26. September. Die „Italia“ veröffentlicht den Wortlaut der Antwort Italiens auf den Vorschlag des Kaisers von Rußland zur Begrenzung der Rüstungen. Wir theilen aus derselben das folgende mit: Das Problem, welches der Kaiser dem Aetopag der Mächte unterbreitet, ist sicherlich nicht ohne Schwierigkeiten. Abgesehen von der Frage der Rüstungen, kam man sich noch mehr solcher Fragen vorstellen, über welche die verschiedenen Auffassungen nicht genügend zusammenfallen würden und die, zur Erörterung gestellt, im Schooße der vorgeschlagenen Konferenz selbst einen Meinungsstreit schärfer zum Ausdruck bringen könnten, dessen mögliche Folgen uns nicht ohne beständige Sorge lassen würden. Aber diese Schwierigkeiten haben in unseren Augen durchaus nichts Unentwirrbares; es genügt, daß man aus dem Plan der Zusammenkunft alles das eliminiert, was nicht notwendig zu dem Friedenworte gehört, das wir verfolgen, oder was den Erfolg desselben beeinträchtigen könnte, es genügt, daß man aus den vielfachen verwickelten Fragen, welche sich nicht als Erforderniß des Augenblicks ausdrängen, die einfache klare Idee heraushebe, für welche der mächtige Herrscher sich begeisterte und hinsichtlich deren zwischen den Kabinetten Uebereinstimmung sicherlich im Bereiche der Möglichkeit liegt, sobald diese ihre Entscheidung aus dem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit selbst schöpfen. Es genügt mit einem Worte, daß ein Programm, einfachvoll entworfen, klar abgefaßt, die Erörterungen auf dem Gebiete der Veröhnung und wechselseitigen Beschwichtigung erhalte. Es genügt natürlich der kaiserlichen Kanzlei, dieses Programm zu formulieren. Wir haben schon jetzt das volle Vertrauen, daß es ein solches sein wird, wie wir es wünschen, und wir haben nicht nötig, es abzuwarten und gegenüber dem Vorschlage, mit dem wir befaßt sind, einen formellen Beschluß zu fassen. Ich bitte Sie deshalb heute, dem Grafen Murawiew mitzuteilen, daß die Regierung des Königs es annimmt, an der Konferenz theilzunehmen, zu welcher uns die Regierung des Kaisers einladet, und wir sind bereit, mit allen unseren Kräften zu einem glücklichen Ende des Unternehmens beizutragen. —

Spanien.

Madrid, 27. September. Die Regierung wies den Marschall Blanco an, unverzüglich sämtliche freiwillige zu entlassen. Der rückständige Sold soll ihnen ausgezahlt werden. —

Madrid, 27. September. Nach einer Meldung der Blätter hätte der Minister des Auswärtigen Herzog von Almodovar die Vertreter Spaniens bei dem Friedenskongresse in Paris angewiesen, die Ansicht zu vertreten, die Vereinigten Staaten hätten nicht das Recht, die Philippinen zu behalten; wenn sie Manila behielten, so sei dies nur als Unterpfand anzusehen. —

Rußland.

Aus Petersburg ist uns mit der Bitte um Veröffentlichung das folgende Verzeichniß der im Laufe der letzten 1 1/2 Monate aus politischen Gründen verhafteten Personen zugefandt worden. Es wurden verhaftet die folgenden 28 Männer: Jsa Komn (Arzt),

Iwan Sommer (Statistiker), Kron Kurje (Ingenieur-Technologe), Jaak Eisenberg, Swellow (diese fünf befinden sich zur Zeit in der Peter-Pauls-Festung, sämmtliche weiter genannten in dem Petersburger Untersuchungsgefängniß), Belostoksky, Jaak Gulowsh, Konstantin Jekimow (Arbeiter der Wolpischen Fabrik), Iwan Kolofov, Aresnow (Arbeiter), Kronberg (Arbeiter), Komarow (Arbeiter), Michael und Artemi Lomeshow (Arbeiter), Bassili Leonowitsch, Teodor Petrov (Arbeiter), Prokofjew (Arbeiter der Fabrik von König), Oslar Reiter (Arbeiter), Iwan Semonow, Iwan Tolarew (Arbeiter), Trifonow (Arbeiter), Eugen Feodorow (Arzt), Feotistow (Hafenarbeiter), Wassili Chanow (Arbeiter, welcher die Universität absolviert hat), Schabalewitsch (Arzt), Joseph Schilling (Ingenieur-Technologe), Schllarewitsch (Stud.), Jakob Jankelawitsch (Ingenieur-Technologe), und die folgenden 15 Frauen: Woblowa (Arbeiterin), Anastasja Wegitschewa, Klawdja Grijasnowa, Olga Edelshow, Olga Swinjanka (stud. med.), Anastasja Iwaschowa, Kirilowa (Arbeiterinnen in der Fabrik von König), Radescha Korjal (Masseuse), Lubow und Soffa Kotowitsch, Eugenie Kuschkowskaja, Marie Kostowzewa, Olga Stalowa (Belehrerin), Darja Solz, Domna Trofimowa (Arbeiterin). —

Serbien.

Belgrad, 24. September. (Fig. Ver.) Der „große“ Milan und der „jüngere“ Nikita führen einen heftigen Krieg — mit Pamphleten. Ganze Regimenter Brochüren erscheinen in Serbien gegen den montenegrinischen Fürsten, in Montenegro gegen den serbischen König. Beiderseits begünstigt man sich, den Gegner als den größten Dieb an dem nationalen Vermögen darzustellen und — beiden gelangt dies so ziemlich. In einer Brochüre, die Milan als Urheber haben soll, wird gefragt, woher denn die 12 Millionen Frankos stammen, die Nikita in einer Londoner Bank deponirt hat, da er doch von seinen Eltern nichts geerbt und während der dreißig Jahren seiner Regierung nur über 60 000 Frankos jährliche Einnahmen verfügt hat. Statt darauf zu antworten, läßt Nikita ein heftiges Pamphlet gegen Milan erscheinen, das, auch ins französische übersezt, den Titel trägt: „Wer hat Serbien in Schulden gestürzt?“ Da wird mit vielen Ziffern operirt und man kommt zum Schlusse, daß Milan außer seiner Privatliste noch um mehr als 100 Millionen Frankos Serbien bestohlen hat, und zwar: um 48 Millionen bei dem Bau der Eisenbahnen, um 30 Millionen gelegentlich verschiedener Anleihen, aus „den allgemeinen Kosten“, um 23 Millionen bei den Lieferungen für den Staat. Er soll von einer bekannten deutschen Kanonenfabrik bei einer Bestellung von 10 Millionen 1 500 000 Fr. „Kommission“ erhalten haben; diese Kommission, wie viele andere, hat natürlich das serbische Volk bezahlt. — Der Autor macht auch eine Exkursion in die Geschichte der ganzen Dynastie Obrenowitsch und bringt Beweise, daß der Großvater Milans, Milosch, und sein Onkel Michel auf ähnliche Weise gewirksam gewesen sind. Sie alle haben Serbien langsam so erschöpft, daß es sich heute vor einem sicheren Bankrott befindet. Es ist schon mit 400 Millionen Frankos verschuldet und hat 24 Millionen jährlich an Zinsen und Amortisation zu entrichten; seine Einnahmen aber aus den direkten Steuern erheben sich nur auf 16 Millionen. So muß es sich das Defizit für die Amortisation und 40 Millionen für die Staats-Administration aus indirekten Steuern verschaffen, was natürlich für die Entwicklung des jungen Königreichs sehr nachtheilig ist.

In Montenegro ebenso wie in Serbien werden alle diese Brochüren durch besondere Agenten vertheilt und so hat dieser Kampf zwischen den Monarchen für das Volk der beiden Länder den einen Augen, daß überall bald Klarheit herrschen wird, daß die Obrenowitsch nicht besser als die Petrowitsch sind, daß diese wie jene ihre Unterthanen bestehlen und daß keine von beiden Dynastien etwas für das Volk thun wird, daß es also bei einem Wechsel nicht zu gewinnen hat. Die Dynastien kompromittiren sich gegenseitig und so werden sehr bald auch in diesen zwei Ländern die dynastischen Kämpfe einem rationalen Kampfe für die politische Entwicklung Platz machen. — Es wäre freilich schon höchste Zeit dazu. —

Türkei.

Konstantinopel, 27. September. Die vier befehligten Kabinette beschloffen, die Pforte aufzufordern, die Truppen von Kreta zurückzuziehen, während die Mächte sich verpflichten wollen, die auf Kreta lebenden Mohamedaner zu schützen. Eine bezügliche Note an die Pforte wird vorbereitet.

Afrika.

Im Fashoda. Aus London wird ferner zu dieser Streiffrage gemeldet: In Besprechungen der Fashoda-Angelegenheit weichen Morgenblätter aller Parteinrichtungen auf die Erklärung des früheren Parlaments-Untersekretärs Sir Edward Grey hin, daß eine französische Intervention am oberen Nil einen unsehrlichen Akt darstellen würde. Die Blätter betonen, die Befestigung Fashoda's französischerseits dürfe nicht zur Basis irgend welchen Handelsgeschäfts gemacht werden; die Verhandlungen müßten unbedingt auf einen Gegenstand beschränkt werden, nämlich auf die Zurückziehung sämmtlicher französischen Streitkräfte aus ägyptischem Gebiet.

Friedrich Albert Lange,

geboren am 28. September 1828, gestorben am 23. November 1875.

Friedrich Albert Lange ist am 28. September 1828 als zweites Kind des Pfarrers J. P. Lange in Wold bei Solingen geboren. Er stand also im Lebensalter zwischen Liebhacht und Riquel, die heute noch in feindlichen Lagern führende Stellungen einnehmen. Wie sehr wäre auch Lange zu einer solchen Stellung befähigt gewesen und wie sehr ist es zu bedauern, daß er schon vor 23 Jahren im gleichen Lebensalter wie sein Lieblingsdichter Schiller tüchtiger Krankheits erlag, ohne je im öffentlichen Leben Deutschlands den ihm gebührenden Platz erlangt zu haben! Dittre Klage wurde denn auch an seinem frühen Grabe laut. Der ausgezeichnete Historiker Riffen äußerte in der Leichenrede: „Drei Jahre hat Albert Lange der Universität Würzburg angehört; er kam krank in unsere Mitte, den schleichenden Tod im Herzen. Und was hat er in dieser kurzen Spanne Zeit nicht gewirkt! Er hat das Studium der Philosophie an unserer Schule neu gestaltet. . . . Jeder fühlte es: an diesem Charakter lebt nichts Niedriges, nichts Gemeines.“

Wenige Monate vorher hatte der berühmte englische Physiker John Tyndall an Lange geschrieben: „Sie sind einer der wenigen, deren Kraft zum Guten in der Welt schlecht entbehrbar werden könnte und deren Schwächung durch Krankheit ich als ein öffentliches Unglück beklagen würde.“ Und Schäßle äußerte sich nach Lange's Tode sogar dahin, er kenne keinen Zeitgenossen, dessen früherer Tod für das geistliche Leben der Nation — nach Charakter und Intellekt — einen größeren Verlust bedeutete.

Nun wohl! von diesem Manne darf die deutsche Arbeiterpartei mit Stolz sagen: Er war unser!

Ob er, wenn er lebte, heute offiziell der sozialdemokratischen Partei angehören würde und dadurch etwa zu einer lax J. A. Lange Veranlassung geben, wie es jetzt eine lax A. Lange gibt, wer vermöchte das zu sagen? Anzunehmen ist es bei dem Manne, dem, wie Vebel von ihm sagt, die Ehrlichkeit, Gradheit und Offenheit auf der Stirn geschrieben stand. Zwoerlei können wir wohl mit Gewißheit behaupten. Niemand hätte mit größerer Gemüthsruhe den gewaltigen politischen Aufschwung der Arbeiterklasse beobachtet als er. Vor 33 Jahren wies Lange mit seiner Ironie das alberne Gerücht zurück, daß der Arbeiter nicht reif sei, Politik zu treiben und schrieb die folgenden Zeilen: „Wenn der Arbeiter erst erwacht, darauf denkt, wie er die imposante Macht seines Standes dazu verwenden könnte, sich und seinen Nachkommen solche Güter (wie unparteiliche Gesetzgebung, ordentlichen Schulunterricht u. s. w.) zu verschaffen, dann ist er auf dem wahren Weg der Selbsthilfe; dann braucht er sich nicht mehr durch Ab-Studien für die Theilnahme an der Politik zu befähigen, denn von Stund an ist er schon Politiker; mit dem Augenblick, wo er seinem Geiste diese Richtung giebt,

wird er im Verein mit seinen Kameraden zu einer Macht im Staate; und je entschiedener diese Macht auftritt, desto eher wird sich ein Entgegenkommen zeigen, wo bisher nur kalte Zurückweisung und höhnische Geringschätzung obwaltete.“ So Lange in der „Arbeiterfrage“, diesem köstlichen Büchlein, diesem deutlichen Wegweiser für ernsthafte sachliche Orientierung.

Die Bourgeoisie weiß es ja besser, sie weiß (oder läßt in ihren Hals?) daß die Arbeiter dem Sozialismus nichts verdanken als leere Talschen. Aber werthwürdig stimmen die obigen Worte mit dem überein, was Fürst Bismarck am 26. November 1864 erklärte: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchtete, würden die mächtigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren.“ Also das ist das eine Gewisse, daß Lange eine starke Arbeiterpartei für ein Bedürfniß hielt. Das andere ist dies, daß ihm die bisherigen „mächtigen Fortschritte in der Sozialreform“ nicht entfernt genügen würden. Keuchert doch ein so gemäßigter Mann wie Lange's Biograph, O. A. Glissen (S. 235 der 1861 erschienenen Biographie) sich wie folgt: „Lange ist sehr zweifelhaft, ob Lange das, was heute auf diesem Gebiete geschieht, als Erfüllung seiner Wünsche ansehen würde; ja wir meinen, daß er vielleicht die soziale Gesetzgebung unserer Tage, mag sie auch in guter Absicht begonnen sein, als von einem geradezu perversten Geiste getragen ansehen würde; und wenigstens erscheint sie, wie sie ausgeführt wird, noch nicht als ein wahres, freundschaftliches Entgegenkommen, nicht als ein Friedensschluß, sondern als ein Drängensuchen, als eine Defensivmaßregel, welche ermöglichen soll, in der Hauptsache alles beim Alten zu lassen. Das wird aber nicht möglich sein, und sie selbst wird dazu beitragen, daß es nicht möglich bleibt. Dem, was in den Sternen geschrieben steht, kann man nicht durch ausgefallene Erdennittelchen entgegen; solche dienen nur der Schicksalserfüllung.“

Glissen's Buch führt sich nach der Weise der in England üblichen Life and letters (Leben und Briefe) wesentlich auf Lange's Korrespondenz, aus welcher auch eine Menge interessanter Stücke vollständig mitgetheilt werden. Ein besonders merkwürdiger Brief an Ramsbl vom 15. November 1867 über das Anklagenmonopol der Staatsanwaltschaft und andere Punkte ist seinerzeit in mehreren Blättern, auch im „Vorwärts“ abgedruckt. Fernerstorfer rechnet ihm mit Recht zu dem besten, was in deutscher Sprache über politische Dinge geschrieben sei.

Wir geben nun kurz an der Hand dieser Biographie die wichtigsten Daten aus Lange's bewegtem Leben. Wenige Wochen nach Albert's Geburt wurde der Vater, der sich, aus einer Bauern- und Fuhrmannsfamilie stammend, zum Theologie-Professor und Ober-Konfessionalsrath heraufgearbeitet und seinen Sohn um fast ein Jahrzehnt überlebt hat, als Pfarrer nach Langenberg, nach einigen Jahren nach Duisburg berufen, wo der Knabe zuerst die Volksschule, dann das Gymnasium besuchte. Im Jahre 1841 aber wurde der Pfarrer Lange, ein außerordentlich fruchtbarer theologi-

scher Schriftsteller, als Professor nach Jülich berufen und zwar zum Ersatz für den Verfasser des kritischen „Lebens Jesu“, D. J. Strauß, der bekanntlich infolge des „Jülicher Buches“ vor Eintritt seiner Professur pensionirt worden war. In der vergleichsweise freien Schweizer Luft erwuchs also der Knabe zum Jüngling, sicherlich ein für seine Entwicklung überaus günstiger Umstand! In dem Studienjahre 1848 bezog er, nachdem er schon ein Jahr in Jülich studirt, die Universität Bonn, wo er 1851 mit einer Arbeit über lateinische Metrik promovirte, d. h. in der zu Bonn noch recht feierlicher Weise (nach lateinischer Disputation) Doktor wurde und sein Oberlehrerexamen bestand. Dann finden wir ihn in Köln als Soldaten und zwar als einen in jeder Hinsicht „musterhaften“, wie er sich dem in allen körperlichen Übungen auszeichnete. Nach einigen Jahren Militärdienstums in Köln, wo er sich vermählte, lehrte er als Privatdozent der Philosophie nach Bonn zurück, trat aber 1858 wieder in den Schuldienst als Oberlehrer an Duisburger Gymnasium, dessen Schiller er einst gewesen. Alle Urtheile stimmen darin überein, daß Lange ein vorzüglicher Lehrer gewesen. Aber er blieb nicht lange in diesem Amt, für das er geschaffen schien. Im Herbst 1862 veranlaßte ihn ein Konflikt mit dem Provinzial-Schulkollegium, welches ihm wegen seiner Theilnahme an politischen Leben Mangel an gereiftem Urtheil und Leidenschaftslosigkeit bescheinigte — ob es einen Zeitgenossen gab, der Lange an gereiftem Urtheil und an Besonnenheit übertraf? — vortwarf, aus dem Schuldienst auszutreten. Er blieb jedoch in Duisburg und zwar in der Doppelstellung eines Sekretärs der Handelskammer und eines Mitredaktors der Rhein- und Ruhrzeitung. Seine schon seit einiger Zeit betriebenen statistischen und volkswirtschaftlichen Studien befähigten ihn dazu in vorzüglicher Weise. Auch zu der „Süddeutschen Zeitung“, der heutigen „Frankfurter“ stand Lange in Beziehung und E. Verstein hat nachgewiesen, daß der Artikel über „die Arbeiterbewegung in Rheinpreußen“ (in der Nummer vom 25. September 1863) welchen Vassalle vollständig in seiner „Ausprache an die Arbeiter Berlins“ mittheilt, jedenfalls von Lange verfaßt ist. So ist denn einer von dessen unzähligen Zeitungsartikeln uns in Vassalle's Berlen aufbewahrt wie ein Käfer im Bernstein. Inzwischen entwickelten seine politischen und sozialen Ansichten sich mehr und mehr in radikaler Richtung; denn nicht a 1 E Menschen werden mit den Jahren konservativer, und die mit Jakob Grimm sagen können: „Je älter ich werde, desto demokratischer stimmt bin ich“, sind nicht eben die schlechtesten. So zerfiel er mit den Duisburger Fortschrittler, schied aus Handelskammer und Redaktion und gründete ein eigenes Blattchen, den „Voten vom Niederrhein.“ Die wenigen Proben, die Glissen daraus mittheilt, lassen dringend den Wunsch rege werden, es möge aus diesem für die Geschichte der Arbeiterbewegung höchst interessanten Blatte einmal mehr ausgegraben und ans Licht gezogen werden. Die Bewegung für den achtstündigen Arbeitstag nennt Lange „die größte praktische Aufgabe, welche sich die Menschheit bis jetzt gestellt habe.“

General Kitchener, der Sieger von Omdurman, ist zum Pair ernannt worden. —

Afien.

Peking, 27. September. Heute wurde ein Edikt erlassen, durch welches die letzten Reformmaßnahmen des Kaisers hauptsächlich aufgehoben werden. —

Die Meldung vom Tode des Kaisers von China, welche in der vorigen Woche verbreitet, aber bald dementirt wurde, taucht jetzt wieder auf. Nach einer Pariser Drahtnachricht der „Magd. Ztg.“ soll der französische Gesandte in Peking besichtigt haben, der Kaiser sei am Mittwoch an einer Vergiftung gestorben. —

Manila, 27. September. Die Amerikaner haben den Befehl, sich alle Schiffe der Rebellen anzueignen, da die Flagge der Unabhängigkeit von keiner Großmacht anerkannt ist, und jede dieser Mächte die Aufständischen als Piraten behandeln kann. Die Insurgenten plündern augenblicklich die Insel Luzon. —

Amerika.

Buenos-Ayres, 27. Sept. („Times“.) Chile und Argentinien verhandeln über ein Abkommen betreffend Puna und das Atacama-Gebiet und über eine endgültige Regelung der Grenzfrage, um ein Schiedsgericht zu vermeiden. Die Verhandlungen nahmen einen günstigen Fortgang. —

Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Paris gemeldet wird, berichtet aus guter Quelle, daß Chile und Argentinien sofort die schiedsrichterliche Entscheidung über den südlichen Grenzteil einleiten werden, welcher in dem dieser Tage in Santiago abgeschlossenen Uebereinkommen bezeichnet ist. Der nördliche Grenzteil soll als besondere Frage behandelt werden. —

Santiago de Chile, 26. September. Die Kammer nahm die erste Lesung des Abkommens mit Peru an betreffend die Wiederabtretung von Tacna und Arica. —

Landes-Konferenz der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens.

Strasbourg, 26. September.

Mit Rücksicht auf die unsere reichsständischen Parteigenossen gegenwärtig beschäftigende Preßfrage, zu der man vor dem Zusammentritt des Stuttgarter Parteitages noch Stellung nehmen zu müssen glaubte, war die diesjährige Landes-Konferenz der elsäß-lothringischen Sozialdemokratie einige Wochen vor dem sonst üblichen Termine einberufen worden und fand nun gestern in Strasbourg statt. Die Präsenzliste wies die Anwesenheit von 35 Delegirten aus 16 Orten aller Theile des Landes nach; besonders gut waren die Industrieplätze Mühlhausen, Gebweiler, Buhl und Marckirch vertreten. Zur Leitung der Verhandlungen wurde Emmel-Saargemünd berufen.

Nach dem Kassener Bericht des Landeskomitees belief sich die Einnahme im Geschäftsjahr 1897/98 auf 13305 M., die Ausgabe auf 12348 M., so daß am 24. d. M. ein Bestand von 957 M. vorhanden war, dem Verpflichtungen in Höhe von 490 M. gegenüberstehen. Die Gesamteinnahmen des Reichstags-Zentralwahlkomitees erreichten die Höhe von 10669 M., wovon in den einzelnen Kreisen 3047 M. aufgebracht worden sind; die Ausgabe betrug hier 1129 M., so daß noch 570 M. zu decken bleiben.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Arbeiterkassen in ihrer politischen Aufklärung fortgeschrittenen größeren Städte, wie Mühlhausen, Strasbourg, die anstehenden ländlichen Kreise mit Erfolg in den Bereich ihrer Agitationstätigkeit mit einbezogen haben, und daß besonders auch die Genossen der benachbarten preussischen Industrieplätze Saarbrücken ihren Kameraden in der trotz gewaltiger Ausbreitung der Großindustrie in politischer Hinsicht weit zurückgebliebenen Gegend von Saargemünd und Forbach bei der Wahlarbeit hilfreich beigegeben sind. Daß der Wahlkampf in der Mehrzahl der lokalen Kreise theilweise erhebliche Defizits zurückgelassen, ist leicht erklärlich; nur die beiden größten Städte Strasbourg und Mühlhausen, die zudem beide keinen Aufschwung seit der Zentralwahl in Anspruch zu nehmen brauchen, sind in dieser Hinsicht etwas glimpflicher davongekommen; ersteres hat sogar einen kleinen Ueberschuß zu verzeichnen.

Nach dem Bericht des Zentral-Wahlkomitees belief sich die am 15. Juni dieses Jahres auf die Kandidaten der Sozialdemokratie abgegebene Stimmenzahl im Lande auf 61583 gegen 46186 im Jahre 1893, demnach betrug der Zuwachs 5967 Stimmen. Die Entwicklung der einzelnen Bezirke ist dabei sehr verschieden. In 8 von den 14 mit sozialistischen Kandidaten besetzten Kreisen haben wir gegenüber der Wahl vom 1893 einen zahlenmäßigen Rückgang von zusammen etwa 6400 Stimmen zu verzeichnen, dem in den übrigen Kreisen ein Gewinn von fast 12000 Stimmen gegenübersteht. Die Ursache der stellenweise recht beträchtlichen Stimmenverluste wurde von den Delegirten der verschiedenen Landeskreise vor allem der fortschreitenden Klärung der Parteiverhältnisse in Elsaß-Lothringen zugeschrieben, insofern deren sich der Aufmarsch der Parteien im Reichslande immer mehr nach dem Muster Altbayerns vollzieht und eine zunehmende Säuberung der auf die sozialistischen Kandidaten

Vom Oktober 1865 datirt das Vorwort zu Lange's Hauptwerk, der „Geschichte des Materialismus“, an welcher er neun Jahre gearbeitet hatte. Das Buch, auf welches näher einzugehen hier unmöglich, läuft in herrliche sozial-ethische Betrachtungen aus, die gerechtfertigt erscheinen lassen, was Tyndall davon sagt: nur ein Mann von edlem Geiste konnte es schreiben.

Der „Gute vom Niederrhein“ ist noch nicht ein Jahr lang erschienen. Lange siedelte im November 1866 nach der Schweiz und zwar nach Winterthur über, wo er sich mit einem alten Schulfreunde, dem kerrigen Expfarrer Weuler, der eine Buchhandlung und einen Zeitungsverlag inne hatte, associirte und Mitredakteur des „Landboten“ von Winterthur wurde. In den nun folgenden bewegten Verfassungskämpfen des Kantons Jürich entfaltete er eine enorme und aufreibende Thätigkeit, in deren Folge der eiserne Mann im Herbst 1870 zum ersten Male schwer erkrankte. Gerade in dieser Zeit wurde ihm eine Professur für industrielle Philosophie in Jürich übertragen, von wo er im Herbst 1873 von dem Ministerialrat an die Universität Marburg berufen wurde. Ob eine solche Berufung heute denkbar wäre? Hier in Marburg ist er am 21. November 1875 nach kurzem, standhaft ertragenen Leiden dem Dammkrebs erlegen. Im Oktober 1873 hatte er an Kombl geschrieben: „Unter meinen ferneren Plänen, deren Ausführung freilich sehr ungewiß ist, stehen im Vordergrund ein scharf einschneidendes Werk über Logik, ein Lehrbuch der Psychologie, die längst versprochene Ausgabe der philosophischen Geschichte Schiller's mit Einleitung und Kommentar und endlich — eine Theorie der demokratischen Republik. — Letzteres Werk sollte die Hauptarbeit meines Lebens sein.“ Leider scheint von dieser beachtlichsten Hauptarbeit nichts aufgeschrieben zu sein. „Logische Studien“ aber hat Professor Cohen aus Lange's Nachlass herausgegeben, und den interessanten, leider fragment gebliebenen Kommentar zu Schiller's Gedichten hat ganz kürzlich erst Clävis herausgegeben.

Im Vorwort dazu erwähnt dieser auch ein schönes Gedicht Lange's an Schiller, das allegorisch sein, des Philosophen Verhältnis zum gabenpendenden Diener behandelt, das aber dann vom Ideal weltvervollkommene Kraft fordert und mit den herrlichen Worten schließt:

Leicht stehen wir in des Ideals Reich,
Gereitet auf der Dichtung Klammernstiegen;
Doch zugen laßt uns auch mit treuem Mund
Von dem, was mir geschaut. Des Selters Spiegel
Zeigt dämmend uns das sonnende Jahrbundert;
Dem bleiben wir geweiht und leise knüpf
Ein ahnungsvolles Band die Gegenwart
Durch uns an ihr unendlich Ziel.

Als ein Führer in das kommende Jahrhundert wirkt denn Friedrich Albert Lange auch heute noch und wird weiter wirken, so lange das deutsche Volk das Andenken seiner besten Männer ehrt. F. N.

entfallenden Stimmensummen von solchen Elementen erfolgt, die unter dem Eindruck der besonders traurigen politischen Zustände des Landes bisher dem Kandidaten der zum bestehenden Diktatorregiment in die schärfste Opposition tretenden Partei ihre Stimme gaben, ohne indeß auf dem Boden des sozialistischen Programms zu stehen. Dazu komme, daß die sogenannten Ordnungsparteien, Merikale wie Liberale und Demokraten, im verflochtenen Wahlkampf in ganz anderer Weise gegen die aufstrebende Sozialdemokratie gearbeitet haben, als dies noch im Jahre 1893 der Fall war, wo sie mit ihr noch als mit einer bedeutungslosen Partei rechnen zu dürfen glaubten. Es bestehe für uns deshalb die Aussicht, bei der nächsten Wahlwahl mit zuverlässigeren und geschulteren Truppen auf einem nach allen Seiten hin klareren Gefechtsfeld ins Treffen rücken zu können. Nicht zum mindesten sei aber auch der großen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeitermassen (besonders in dem mit großkapitalistischen Maschinenbetrieben reich „gesegneten“ Lothringen, deren Inhaber zum theil streng religiös gesinnt seien und die kirchliche Propaganda mit allen Mitteln unterstützen) ein wesentlicher Antheil an dem theilweisen Mißerfolg unserer Wahlagitacion zuzuschreiben. Die politische Rückständigkeit der lothringischen Arbeiterbevölkerung und die Strapellofheit der dortigen Industriemagnaten in der Wahl ihrer Mittel zur Beeinflussung der vor ihnen abhängigen Wähler gingen so weit, daß in einzelnen Kreisen die Wahl durch Spendierung großer Mengen von Freibier und Auszahlung haarer Geldunterstützungen an die Wähler entschieden worden sei. Den großkapitalistischen Wahlmännern, die sich sonst selbst der geringsten Lohn-erhöhung ihrer Arbeiter hartnäckig widersetzen, sei es dabei auf zehntausende von Mark nicht angekommen. In einzelnen Gegenden seien auch umfangreiche Entlassungen agitatorisch thätiger Genossen vorgenommen worden. Jetzt, nachdem durch die Einführung des neuen Preßgesetzes hinsichtlich der Verbreitung von Druckschriften einige Erleichterungen platz gegriffen hätten, müsse eine auf die Vertiefung der sozialistischen Ueberzeugung unserer Anhänger hinielende intensivere Agitation durch Flugchriften prinzipiell-theoretischen Inhaltes in die Wege geleitet werden.

Allgemein wurde anerkannt, daß die durch die bestehenden Gesetze des Landes allerdings sehr erschwerte Organisation unserer reichsständischen Partei selbst den bescheidensten Ansprüchen noch keineswegs zu genügen vermöge, und daß der straffere Ausbau derselben deshalb eine der vornehmsten Pflichten unserer Genossen in Elsaß-Lothringen sein müsse. In dieser Hinsicht wurde ein vom Landeskomitee gestellter Antrag, wonach

die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte verpflichtet sein sollten, alljährlich vor dem Zusammentritt der Landeskonferenz einen Bericht über die Kreise- und sonstigen Parteiverhältnisse ihrer Orte an das Landeskomitee einzureichen, ohne Widerspruch angenommen, während der von derselben Seite gestellte Antrag:

Die Genossen der einzelnen Wahlkreise haben, wenn thunlich, sofort die Aufstellung des Reichstagskandidaten vorzunehmen, damit diesem Gelegenheit gegeben ist, unterstützt durch das Landeskomitee, jetzt schon mit der Agitation in seinem Kreise zu beginnen,

mit nur geringer Mehrheit zur Annahme gelangte. Ein weiterhin beantragter Zusatz, dem Landeskomitee ein Bestätigungsrecht der Kandidaturen einzuräumen, wurde abgelehnt.

Der Bericht über den Stand der Parteipresse stellte fest, daß der Abmattenstand seit der letzten Veränderung in den reichsständischen Preßverhältnissen sich nicht verändert hat. Daburch, daß die Redaktion der elsäß-lothringischen Ausgabe der „Rammheimer Volksstimme“ in Strasbourg, der Druck in Rammheim besorgt wird, entfiel, zumal bei dem dreimaligen Erscheinen des Blattes, eine unhaltbare Verschleppung sämtlicher Korrespondenzen. Der politische Theil ermangele der Aktualität, und jeder Einfluß des Partei-Organes auf die großen Massen sei unter solchen Umständen völlig ausgeschlossen. Von Strasbourg sei deshalb die Anregung zur Gründung eines eigenen, im Lande erscheinenden elsäß-lothringischen Parteiblattes ausgegangen. Das Landeskomitee habe dem Gedanken seine Zustimmung erteilt und sei eine mehrzahlige Kommission zur Erledigung der Vorarbeiten niedergesetzt worden, die der Konferenz nun bereits einen fertigen Plan vorlegen könne, nachdem die größeren Partei-Orte des Landes von der Angelegenheit vor einigen Wochen in Kenntniß gesetzt worden seien. Danach solle das neue Parteiorgan in einer postweise übernommenen Druckerei in Strasbourg hergestellt werden und wöchentlich sechs-mal erscheinen. Ueber die Finanzierung des Unternehmens waren sich die Strasbourg Genossen nach Rücksprache mit dem Parteivorstande in Berlin und nach Einholung der Gutachten einiger Sachverständigen bereits klar und suchten nunmehr die Zustimmung der Landeskonferenz zu ihrem Vorgehen und den bisher gethanen Schritten nach.

Die Konferenz erklärte sich im Prinzip mit dem Gedanken der Gründung eines eigenen Preßorgans einverstanden und beschloß sich mit den Vorarbeiten und Beschläffen der Strasbourg Preßkommission einverstanden zu erklären. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich nur hinsichtlich der Erscheinungsweise des neuen Blattes. Während besonders die Strasbourg und auch ein Theil der übrigen Delegirten unbedingt an dem täglichen Erscheinen festzuhalten zu müssen erklärten, wiesen einige mit praktischen Erfahrungen in Parteipreßgründungen erfahrene Genossen, die als Gäste aus dem benachbarten Baden zur Konferenz geladen waren, auf die dieser Erscheinungsweise entgegenstehenden Schwierigkeiten hin und empfahlen, sich vorerst mit dem wöchentlich dreimaligen Erscheinen zu begnügen. Im Falle des Prosperirens der neuen Unternehmung sei es dann ein letztes, zum täglichen Erscheinen überzugehen. Die Konferenz sprach sich jedoch im Prinzip für das sofor-tige tägliche Erscheinen des neu zu gründenden Blattes aus.

Die weitere auf der Tagesordnung vorgemerkten Punkte: Agitation und Neuwahl des Landeskomitees und des Vorortes, wurden bis zur nächsten, unmittelbar nach Gründung des neuen Partei-Organes einzuberufenden Konferenz verschoben und die Verhandlungen dann geschlossen.

Die Parteibehörde, die sich im vorigen Jahre bei dem Versuche, die Tagung der Landeskonferenz durch geschwändiges Eindringen in das Beratungslokal unmöglich zu machen, eine empfindliche Schlappe geholt hatte, glaubte aus dieses Mal wieder, sich von der geschwändigen Form unserer Versammlung überzeugen zu müssen. Der dadurch hervorgerufene Zwischenfall war jedoch in längstens fünf Minuten zu unserer und der Behörde Zufriedenheit erledigt.

Zum Stuttgarter Parteitage.

Bereits erscheinen einige Begrüßungsartikel für den bevorstehenden Parteitag. Genosse Webel wirft in der „Neuen Zeit“ einen Rückblick auf die Situation der deutschen Sozialdemokratie, als im Jahre 1870 schon einmal ein Parteitag in der schwäbischen Hauptstadt zusammentrat. Er behandelt dann die Tagesordnung, zunächst die aktuellen Gegenstände derselben, das Koalitionsrecht und die „Zoll- und Handelspolitik“. Ferner, so führt Genosse Webel aus, werde „beunruhigt der Ausfall der letzten Reichstagswahlen, die keineswegs überall Befriedigung in der Partei hervorgerufen hat, zu Erörterungen über die Ursachen führen, die das vielfach unbefriedigende Resultat verschuldeten“. Auch werde die Frage der Landtagswahlbeteiligung noch lebhaft Auseinandersetzungen hervorrufen. Sollte der Parteitag dazu die Frage der Taktik der Partei behandeln wollen, so würde auch diese Debatte an Lebendigkeit nicht zu wünschen übrig lassen.

Webel befaßwortet weiter, daß sich der Parteitag mit dem Vergleichen der Beschlüsse und Resolutionen gegenüber dem zarischen „Friedensmanifest“ und den Rekrutierungsbestrebungen unserer Gegner anlässlich des Genfer Neuchâtelmordes beschäftigen solle.

Webel ist überzeugt, der Parteitag werde — wie groß auch die Meinungsverschiedenheiten in einzelnen taktischen Fragen sein mögen — zeigen, daß die Partei gegenüber den Angriffen ihrer Feinde eine festgeschlossene Phalanx bildet, die keine gegnerische Macht durchbrechen kann und jeder neue Angriff nur fester schmiedet.

In der „Gleichheit“ spricht Genossin Jettin in einem sehr temperamentvollen Artikel die Erwartung aus: „daß die Sozialdemokratie in ihrer Auffassung, ihren Beschläffen scharf wie je als die Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes auftritt und nicht als die ausgemauerte Partei zahmer sozialer Reformerei; daß sie scharf wie je ihr Endziel betont: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zum Zwecke der „Expropriation der Expropriateure“ (Enteignung der Enteigner), der Verrückung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit ihr unversöhnliche Gegnerin gegen den Kapitalistenstaat, statt ein staatsmännelndes Geniegeißel zur Kompromisselei mit diesem Staat, mit dieser Gesellschaftsordnung.“

Auch Genossin Jettin hätte bei der letzten Wahl gern noch reichlichere Erfolge gesehen und glaubt, es habe hier und da an „der alten glaubensstarken Kampfesfreude“ gemangelt. Sie polemisiert gegen „gemauerte Anschauungen über unsere Grundzüge und unsere Taktik“. Diese sollen Pessimismus und Skeptizismus erzeugt haben. Die Verfasserin hätte darum eine zusammenfassende Erörterung über unsere Taktik den bei verschiedenen Punkten der Tagesordnung ein-sehenden Erörterungen vorgezogen.

Der Artikel fordert ferner zu lebhaftem Kampfe gegen die Pläne unserer Gegner bezüglich des Koalitionsrechts sowie zu energischer Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen — unter Aufhebung des Amendements Mittag und Wiederaufnahme der Webl'schen Resolution — auf.

Hinsichtlich der Taktikfrage möchten wir — ohne näher auf sie einzugehen, da sich der Parteitag ausgiebig mit ihr beschäftigen dürfte —, wenigstens einer Auffassung der Genossin Jettin von vornherein entgegenstehen. Sie will „Pessimismus und Skeptizismus“ bei den letzten Reichstagswahlen bemerkt haben. Wir haben derartiges nicht gefunden; wir sind der Meinung, daß bei der letzten Wahl mit derselben Begeisterung gekämpft worden ist als bei früheren Wahlen. Die Ursachen dafür, daß unsere Partei — wenn sie auch allen übrigen Parteien gegenüber die einzige erfolgreiche gewesen — doch nicht in demselben prozentualen Verhältnis gewonnen ist wie bei den vorhergehenden Wahlen, sind unseres Erachtens in erster Linie in den besonderen politischen Verhältnissen zu suchen, unter denen die letzte Wahl stattfand.

Wenn Genossin Jettin aber auch einen Zusammenhang zwischen jenem angeblichen „Pessimismus und Skeptizismus“ und den bekannten Ausstellungen Bernsteins, Heine's u. konstruirt, so müssen wir gestehen, daß wir diese Konstruktion für sehr phantastisch halten. Man mag über die Ausstellungen jener Genossen denken wie man will, darüber ist für uns kein Zweifel, daß in Wahlkreisen, wo „staatsmännelnde“ Anschauungen vorhanden sind, genau so begeistert und genau so erfolgreich agitiert worden ist, wie in solchen Wahlkreisen, wo das Wort „revolutionär“ eine reichlichere Anwendung fand. —

Partei-Nachrichten.

In der gekürzten Mittheilung aus Dresden sind die Namen der beiden aus Sachsen ausgewiesenen Parteigenossen in Folge eines Urtheils des Seckers unrichtig wiedergegeben. Von der Ausweisung wurden betroffen Dr. Selphan, der den Parteigenossen unter dem Namen Parvus bekannte leitende Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, und der sozialdemokratische Schriftsteller Dr. Marklewsky. An Stelle Dr. Selphan's wird Genossin Dr. Rosa Luxemburg in die Redaktion des Dresdener Partei-Organes eintraten.

Durch die beiden Ausweisungen hat sich die sächsische Regierung ein neues Reich in den Vorber ihrer reaktionären Politik geschaffen. Nügen wird ihr aber gerade diese Maßnahme nicht das mindeste. Was verschlägt es Schriftstекern, wo sie ihre Artikel schreiben? Für das geschriebene Wort gibt es keine Landesgrenzen. Nicht sächsische Mauern noch deutsche Schlagbäume können es aufhalten.

Zur Agitation unter der ländlichen Bevölkerung haben die Parteigenossen von Harburg und Wilhelmshagen ein „Wochenblatt“, den „Landboten für Nordost-Hannover“, gegründet.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

Die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung“ in Kiel hatte in einem Artikel Uebelstände ans Licht gezogen, die in dem Armenhaus zu Reumünster herrschten. Wegen einiger Angaben, die sich auf die Kost der Armenhaus-Inassen und die Thätigkeit des Arztes Dr. Köstner bezogen, wurde auf Veranlassung der Armen-Deputation gegen den Redakteur A. Lütjens Anklage erhoben. In der Verhandlung vor dem Landgericht erkannte der Staatsanwalt an, daß durch den Artikel der „Schleswig-Holstein'schen Volkszeitung“, der Finger auf eine große und schwere Wunde gelegt worden, und zwar mit dem ebenso zweifellosen Erfolg, daß Besserung in den gerügten nachgewiesenen Uebelständen erzielt werden wird; während der Verfasser bei seinen Ausführungen sonst die größte Sorgfalt beobachtet habe, hätte er hinsichtlich des inkriminirten Passus aber die nöthige Vorsicht bei Seite gelassen, wahrscheinlich in dem Glauben, daß, wo so vieles sich als richtig herausgestellt habe, auch diese Angaben der Wahrheit entsprächen. Durch die inkriminirten Stellen des Artikels sei die Armen-Deputation und der Arzt Dr. Köstner beleidigt. Der Staatsanwalt beantragte, da der Artikel zum Segen der Allgemeinheit sehr vieles ans Tageslicht gezogen habe und nicht im geringsten eine böse Tendenz enthalte, ferner weil nur in zwei Punkten sachfälschig gehandelt sei, eine Geldstrafe gegen den Redakteur, und zwar eine solche von 100 M. Der Gerichtshof beschloß demgemäß.

Die Magdeburger „Volksstimme“ soll in ihrer Nummer vom 28. Juli, die am Donnerstag beschlagnahmt wurde, eine Majestätsbeleidigung und eine Beleidigung eines Mitgliedes des regierenden Hauses begangen haben. Der für die Nummer verantwortliche Redakteur, Genosse Müller, hatte am Sonnabend Vernehmung vor dem Amtsgericht.

Kampf um das Koalitionsrecht!

Ueber die Vorarbeiten zur Justizhausvorlage schreibt der „Hann. Courier“: „Es ist wieder von einem Widersprüche dieser oder jener Bundesregierung, noch von einer Meinungsverschiedenheit in der Reichsregierung oder im preussischen Staatsministerium die Rede. Ueber die Nothwendigkeit schärferer Repressivmittel herrscht allgemeines Einverständnis, über eine konkrete Vorlage aber können Meinungsverschiedenheiten schon deshalb nicht bestehen, weil eine solche aus dem Reichsamt des Innern überhaupt noch nicht hervorgegangen ist.“

Ob diese Darstellung richtig ist, wissen wir nicht, jedenfalls steht sie im Widerspruch mit der durch die Rede des Kaisers gegebenen, der von einem der Vollenbung entgegengehenden Entwürfe sprach.

Protestversammlungen

gegen die sogenannte Justizhausvorlage wurden ferner abgehalten in Gärden in Holstein, Bielefeld, Bielefeld, Köln, Wolfenbüttel, Rammheim, Raumburg, Frankfurt a. M. In den sächsischen Orten Harta, Göppersdorf und Frankenberg wurden die Protestversammlungen verboten.

Preussische Landtagswahlen.

Zur geschäftlichen Behandlung der Landtagswahlfrage auf dem Stuttgarter Parteitag. Von mehreren Parteitoren wird beantragt und von zahlreichen Parteigenossen bekräftigt, die Frage unserer Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen auf dem Stuttgarter Parteitag noch einmal zu erörtern. Es gilt daher allerseits als wahrscheinlich, daß der Parteitag diesem Verlangen Folge leisten wird. Bei der bunten Menge schon jetzt hierzu vorliegender Anträge, Beschläffe und Meinungen, welche recht verschiedenartige Punkte ins Auge fassen und sich in vielerlei Richtungen bewegen und durchkreuzen, und bei der beschänten Zeit, welche der Parteitag der Verathung dieses Gegenstandes und den einzelnen

Nedern nur einzuwachen, liegt die Befürchtung nahe, daß auch in diesem Jahre bei der herkömmlichen geschäftlichen Behandlung diese Angelegenheit zu keinem befriedigenden Abschluß kommen werde. Es liegt infolge dessen der Gedanke nahe, für den Fall, daß der Parteitag in die nochmalige Besprechung unserer Stellung zu diesen Landtagswahlen einzutreten beabsichtigt, mit der Vorberatung dieser Frage eine Kommission zu betrauen, welche dann auch den Referenten für das Plenum zu bestimmen hätte.

Eine weitestliche Abklärung der Parteitag-Debatten bei Annahme dieses Vorschlags ist freilich nicht in Aussicht zu stellen. Wohl aber ist ein befriedigendes Schlusergebnis der Verhandlungen zu erwarten, weil dieselben sich auf einer gesicherten und klar überblicklichen Grundbahn bewegen werden, welche nach eingehender und objektiver Prüfung aller in betracht kommenden Momente gewonnen ist. Auf diesem Wege dürften auch am ehesten die obwaltenden Mißstände beseitigt, der Mißstand geklärt und die weit auseinander strebenden Gegenstände zur Versöhnung geführt werden können, wie derart auch die Gefahr gemindert wird, daß die leidenschaftliche Erregtheit, welche bei der bisherigen Diskussion in allen Lagern zu Tage getreten ist, der besonnenen Erwägung Abbruch thue und dahin wirke, daß die von der Parteitag-Majorität gefassten Beschlüsse wiederum lächerlich und vieldeutig ausfallen. Aus allen angeführten Gründen möchte ich bitten, diese Anregung in wohlwollender Erwägung zu ziehen.

Gottschalk, Königsberg i. Pr.

Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner des Stadt- und Landkreises Genua

Stellten den Parteigenossen Philipp Stein aus Hochstadt als Kandidaten für den Landtag auf.

In der Stadt Wiesbaden

Beschlossen die Parteigenossen in einer Versammlung am 23. September, sich an der Wahl zu beteiligen.

In Linden und Zimmer bei Hannover

Beschlossen die Parteigenossen, sich an der Landtagswahl durch Aufstellung eigener Wahlmänner und eines eigenen Kandidaten zu beteiligen.

Die Parteikonferenz für den hannoverschen Reichstags-Wahlkreis Osterdorf-Neuhaus

präzisierte ihre Stellung zur Landtagswahl wie folgt: „Die Parteikonferenz stellt sich auf den Boden des Hamburger Beschlusses, daß die Genossen überall dort, wo es möglich ist, sich an der preussischen Landtagswahl zu beteiligen haben. Sie erklärt, daß diese Möglichkeit vorliegt für den bis jetzt von Herrn Schelm vertretenen Kreis und überläßt den Genossen in Lehe und Westermünde, den Parteitagbeschlüssen zur Ausführung zu bringen und die erforderlichen Vorarbeiten unverzüglich in die Wege zu leiten.“

In Krefeld

lehnten unsere Parteigenossen die Beteiligung ab, weil beide in betracht kommenden Parteien gleich reaktionär seien. Beschlossen wurde noch, beim Stuttgarter Parteitage die Streichung des Mittag'schen Amendements und die Wiederherstellung der Bebel'schen Resolution zu beantragen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Vergolder! Laut Beschluß vom 26. d. M. befinden sich die Beschäftigten im Ausstand. Die Kollegen, welche in den Streik treten, werden nun ersucht, sich unverzüglich bei der Kommission, welche sich von morgens 9 Uhr ab Jüngelstr. 22 bei Lange befindet, zu melden. Die Agitationskommission.

In dem Ausstand der Tapezierer bei der Firma Wertheim wird und von der Firma berichtet, daß sie keineswegs die Absicht hatte, die Arbeiter zu maßregeln. Die Entlassung machte sich notwendig, weil das Gebäude, in dem die Tapeziererwerkstatt untergebracht war, abgebrochen werden soll und die Absicht bestand, die Werkstätte gänzlich aufzugeben. Die Annahme, daß eine Maßregelung stattgefunden, ist auch infolgedessen irrig, als bei der notwendigen Entlassung zweier Arbeiter dem Tapezierermeister die Auswahl gelassen wurde. Dieser hatte eine Vorarbeiterstelle inne und er werde wohl nicht in dem Verdacht stehen können, daß er zur Maßregelung seiner Mitarbeiter die Hand biete. Außerdem erfolge die Entlassung jetzt, weil die Firma der Ansicht war, daß es den Entlassenen gegenwärtig leichter werden würde, Arbeit zu finden. Die Werkstätte für die sechs beschäftigten Tapezierer bezeichnet auch die Firma als ungenügend. Die Räume befanden sich im Parterre, es wären aber bereits andere Räume angewiesen, die leider nicht in Benutzung genommen wurden.

Deutsches Reich.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat von dem Sekretär der Bourse du Travail in Paris einen Aufruf zur Unterstützung der streikenden Erdbarbeiter erhalten, in dem die Ursache des Streiks, an dem jetzt 20 000 Arbeiter beteiligt sind, dargelegt wird. Zum Schluß heißt es: „Genossen! Ihr werdet eure proletarischen Brüder nicht Hungers sterben lassen. Ihr werdet sie unterstützen, damit sie siegreich aus dem Kampfe hervorgehen, den sie führen, um von der Arbeit leben zu können.“ Adresse ist: Citoyen Baumé, Bourse du Travail, 3 rue du Château d'Eau, Paris.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Landshut wurden die Kandidaten der Gewerkschaften gegen die Ultramontanen mit großer Majorität gewählt.

In der deutschen Schuhfabrik in Ibersgehofen bei Erfurt sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Es handelt sich um Lohnabzüge von 15-20 pCt.

Der Ausstand der Steinarbeiter bei Heilig in Rostock dauert fort. Die drei Arbeitswilligen, die sich eingeschunden haben, arbeiten während des ganzen Sonntags. Das ist um so sonderbarer, als bei der strengen Sonntagsruhe in Mecklenburg besonders den Arrangements von Versammlungen gegenüber, die Behörde den Arbeitssicherern bei der Firma Heilig auf dem Marktplatz entwickelte, nicht bemerkte.

Ausland.

Vom Streik der Pariser Erdbarbeiter ist heute nur so viel zu berichten, daß der Pariser Gemeinderat zur Unterstützung der Familien der Ausständigen 20 000 Fr. bewilligt hat. Der Vorsitzende hat sich selbst zum Ministerpräsidenten begeben, um die dazu nötige Genehmigung des Ministeriums nachzusuchen.

Soziales.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise trat am Dienstag in München zu seiner ersten Arbeitsnachweise-Konferenz zusammen. Eine Wolff'sche Depesche meldet darüber:

Zu der Versammlung, die namens der bayerischen Regierung der Minister des Innern Freiherr von Feilich beehrte, waren Vertreter der bayerischen, preussischen und badischen Regierung, der Stadt München, des deutschen und des bayerischen Landwirtschafts-Rathes, zahlreicher preussischer Landwirtschafts-Kammern, des österreichischen Handelsministeriums sowie vieler deutscher und österreichischer Städte, darunter auch Wien, erschienen. Der Vorsitzende Dr. Freund-Verein betonte in seiner Eröffnungsrede die Möglichkeit gesetzgeberischer Maßnahmen gegen Auswüchse der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung und bezeichnete als Hauptaufgabe des Verbandes die Wahrung des unparteiischen Charakters des Arbeitsnachweises. Der Arbeitsnachweise dürfe nicht ein Mittel in Lohnkämpfen sein. Seine Leitung müsse gemeinschaftlich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beeinflusst sein. Diese Grundanschauung des Verbandes sei gänzlich unvereinbar mit der kürzlich vom Arbeitgeber-Verband fundgeordneten Ansicht, wonach der Arbeitsnachweise am besten in den Händen der Arbeitgeber allein ruhen soll. Mit dieser Anschauung könne sich der Verband deutscher Arbeitsnachweise in keiner Weise ein-

verstanden erklären und der Verbandsausschuß habe ihn, Nedner, beauftragt, diese Erklärung abzugeben.

Bürgermeister v. Vörscht begrüßte dann die Versammlung im Namen der Stadt München. Sodann wurde in die eigentliche Verhandlung eingetreten, deren erstes Thema lautete: „Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen?“

Nach längerer Diskussion nahm die Versammlung davon Abstand bezüglich der Frage, inwiefern ein Arbeitsnachweise dazu beitragen könne, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen, bestimmte Beschlüsse zu fassen, indem Dr. Freund-Verein betonte, die Fülle der Anregungen, welche die heutige Debatte geboten habe, würde von dem Verbands-Ausschuß im Auge behalten und des näheren erörtert werden. Weiter wurde in der heutigen Sitzung verhandelt über die Nachweiskosten und über die Frage, ob sich die Arbeitsnachweise bei Arbeitsvermittlung empfehlen, eine Frage, welche von dem Referenten Geh. Finanzrath Fuchs-Karlstraße unbedingt bejaht wurde.

Versammlungen.

Die Schneider und Schneiderinnen hielten am Montag in der Johannisstraße 20 eine öffentliche Versammlung ab, die nur schwach besucht war. Unter den zahlreichen Einzelgängen, die der Vertrauensmann Studde zur Kennzeichnung der Verhältnisse in der Maßbranche anführte, erregten die folgenden besondere Aufmerksamkeit: Die im Hause der Firma Vortrefflich beschäftigten Schneider werden während der Arbeitszeit in der Werkstatt eingeschlossen. Wenn sie während der Mittagspause hinaus wollen, müssen sie pfeifen, alsdann wird ihnen geöffnet. — Ein Schneider, der bei der Firma Rohbrecht arbeitete, führte beim Gewerbegericht einen Rechtsstreit gegen die Firma, in dem die letztere unterlag. Bald darauf wurde ein Gewerbegerichts-Beisitzer, der neun Jahre bei Rohbrecht beschäftigt war, entlassen. Wahrscheinlich, weil Rohbrecht annahm, daß der Beisitzer seinen Kollegen über den einzuschlagenden Rechtsweg unterrichtet hat. — Als besonders ungünstig wurden auch die Arbeitsverhältnisse bei H. Hoffmann und Rohmann geschildert. Die Versammlung beauftragte den Vertrauensmann, mit diesen beiden Firmen wegen Durchführung der von den Schneidern gestellten Forderungen in Verhandlung zu treten. — Weiter wurde beschlossen, daß die Ortsverwaltung im Verein mit dem Vertrauensmann zwecks Vorbereitung einer intensiven Agitation regelmäßige Sitzungen der Werkstatt-Delegierten einberufen soll. Die Versammlung erklärte sich mit Rücksicht auf die Beschlüsse des Mannheimer Kongresses für Einsetzung einer Kommission, welche die agitatorischen Arbeiten zu betreiben hat. Die Wahl der Kommission bleibt dem Verband überlassen. Ferner entschied sich die Versammlung für Beibehaltung des Berliner Vertrauensmannes.

In einer gutbesuchten Verbands-Versammlung der Schneider und Schneiderinnen behandelte Kollege Studde die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma Gerson resp. des Zwischenmeisters Lülle. Nedner führte aus, daß das Baarenhaus Gerson durch seinen bedeutenden Umsatz einen großen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Schneider und Schneiderinnen ausübe. Von der allerfeinsten Maßarbeit bis herab zur niederen Konfektion werden Vestellungen in der Herren- und Damenbekleidung ausgeführt. Dem Glanz nach außen entsprechen die Arbeitsräume und die Entlohnung der Arbeiter in keiner Weise. Letztere liegen vollständig in den Händen der Zwischenmeister. Für die Herstellung der besseren Damentostüme hat die Firma eigene Werkstätten, in denen einige hundert Personen beschäftigt sind. Aber auch hier sind Zwischenmeister angestellt, welche für ein Kostüm eine bestimmte Summe erhalten, von der sie ihren Arbeiterinnen oft nur ein Drittel bezahlen. So auch Herr Lülle. Bei diesem Herrn kommt es bei der Auszahlung fortwährend zu Streitigkeiten, trotzdem er einen wöchentlichen Reinverdienst von z. B. 200 Mark zu verzeichnen hat. In der Werkstatt, in welcher der Sägelofen steht, wird genäht, gestrept, zugeschnitten und gebügelt; außerdem ist eine schlechte Beleuchtung vorhanden. Und in einem solchen Raum mangelt es an Ventilation, so daß oft eine Luft vom Ersticken herriecht. Der Arbeit von den Arbeitern und Arbeiterinnen gemeinschaftlich benutzt. Merkwürdig, daß diese Thatsachen von den Beamten bei ihrer Kontrolle übersehen worden sind. Der beste Schuß gegen derartige Mißstände sei die Organisation, der sich alle Kollegen und Kolleginnen anschließen müssen. Den Ausführungen des Referenten folgte eine rege Diskussion, in der die Angaben von früher dort beschäftigten Schneidern bestätigt und hinzugefügt wurde, daß ähnliche Verhältnisse auch bei anderen Meistern der Firma bestehen. Gebauer meinte, man könne für Entlassungen von Arbeiterinnen durch Meister Lülle nicht die Firma Gerson verantwortlich machen. Nedner stellt den Antrag, die Ortsverwaltung zu beauftragen, der Firma die angeführten Mißstände zu unterbreiten und an sie das Ersuchen zu richten, die Arbeiter in eigene Regie zu übernehmen. Ein bei Herrn Lülle beschäftigter Arbeiter gab viele Mängel zu, bestritt aber einige Punkte, die übertrieben seien. Hinzu widerlegte diese Ausführungen. Hierauf wurde der Antrag Gebauer angenommen und die Bericht-erstattung vom Verbandstag der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung verschoben.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten am Montag in der Tonhalle eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Kehler über die Gefährdung des Koalitionsrechts referierte. Der Nedner, der eingangs seiner Ausführungen an die Kämpfe der Arbeiter erinnerte, die sich in der Zeit der Fünfte abspielten, beleuchtete sodann die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände; er verwies hierbei auf die ökonomische Hebermacht der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft und betonte die Nothwendigkeit eines freihändlerischen Koalitionsrechts, wozu auch das Recht des Streiks gehört, der, obwohl eine zweischneidige Waffe, doch eins der wichtigsten Mittel zur Erämpfung besserer Lebensbedingungen darstellt. Der Nedner erinnert sodann an die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die, wenn sie wirklich in der versprochenen Form zur Ausführung gebracht worden wären, einen Theil von den Wünschen der Arbeiterschaft befriedigt hätten. Aber das Unternehmertum, voran die präyigen Schlotbarone, erhoben gewaltigen Protest gegen derartige Sozialreformen und machten allen ihren Einfluß geltend, um die Durchführung der Erlasse zu verhindern, was ihnen auch in großem Maße gelungen ist. Inzwischen hat sich das Unternehmertum so stark, es hat große Verbände gegründet, die den Hauptzweck haben, den Arbeitern ihre wünschenswerten Rechte illusorisch zu machen und die nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen ringenden Arbeiter niederzuhalten. Denselben Zweck verfolgt auch nur der Unternehmer-Verband im Baugewerbe, der allerdings nicht so sehr zu fürchten sei, weil ein großer Theil der Bauunternehmer, die vielen Bauhändler, organisationsunfähig ist. Der Referent wendet sich im weiteren gegen die Behauptungen, daß die Arbeiter unberechtigte Forderungen stellen, frivole Streiks inszenieren, Terrorismus üben, wie die Unternehmer und deren Presse beständig fasseln. Er verweist sodann auf das Verhalten der Behörde, die unbesehen, wer Recht hat, bei allen Lohnbewegungen die Partei der Unternehmer ergreift und gegen die Arbeiter, die sich in der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte befinden, hindernd vorgeht. Statt der Durchführung der erwünschten Erlasse, die außerordentliche Bedrückung der Arbeiterschaft von allen Seiten. Der Nedner beleuchtete hierauf die Konsequenzen, die sich aus einem Gesetz, wie es in der Deynhauser Rede in Aussicht gestellt ist, ergeben würden. Die Vorbereitungen zu einer Lohnbewegung, die doch unbedingt nothwendig sind, wenn die Bewegung einen Sinn haben soll, sowie alle darauf bezüglichen Besprechungen und Handlungen, könnten nach einem derartigen Gesetz als Anreizung zum Streik angesehen werden und die beteiligten Personen, vor allem die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft, die Lohnkommissionen, Vorstände etc. demnach mit Justizhaus bestraft werden. Bisher, so führt der Referent mit dem Hinweis auf die vorgenommenen Sitzungen an, ist absolut nichts vorgekommen, was ein derartiges Gesetz rech-

fertigen würde; die Ausschreitungen sind so minimaler Natur und kommen höchstens bei unorganisirten Arbeitern vor, die auch erst von dem Unternehmertum dazu aufgereizt wurden. Aber wie durch das Sozialistengesetz die Ausübung des Koalitionsrechts verhindert worden war, so soll auch jetzt den Arbeitern die Ausübung ihrer natürlichen Rechte unmöglich gemacht werden; das ist der Zweck, den das Unternehmertum mit allen Mitteln verfolgt. Mit einem warmen Appell an die Versammelten, durch festen Zusammenschluß, durch den Masseneintritt in die Organisation energischen Protest zu erheben, damit die Mischgeschichten des Unternehmertums an dem gefunden Sinn der deutschen Arbeiter scheitern, schloß der Referent seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Nachdem noch J. e. h. l. in längerer und sehr treffender Rede die schon gegenwärtig übliche Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter, den ausgiebigen Schuß der jetzt so verehrten „Arbeitswilligen“ erörtert hatte und für den Anschluß an die Gewerkschaft und an die sozialdemokratische Partei, als die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen plädiert hatte, gelangte die von den Berliner Gewerkschafts-Versammlungen angenommene Resolution einstimmig zur Annahme.

Hierauf erstattete das Mitglied der Lohnkommission, M. e. l. e., den Situationsbericht. Danach haben seit der letzten Versammlung 8 Arbeitsniederlegungen stattgefunden, theils wegen Maßregelungen, theils um den Stundenlohn von 60 Pf. zu erringen, in 2 Fällen um die Forderungen der Träger zu unterstützen, und auf dem Bau des „Lokal-Anzeiger“ in der Zimmerstraße wiederum der Baubude wegen. Ein Bau ging für die Ausständigen verloren, weil derselbe wieder von den berechtigten Affordmaren besetzt wurde. Mehrfach sind es, wie M. e. l. e. anführt, gerade die Polizei, welche durch ihr brutales Vorgehen die Arbeiter zum Ausstand zwingen und dann die Unternehmer über die Ursachen der Arbeitsniederlegung falsch berichten. In vielen Fällen sind Maßregelungen vorgekommen und die Gemagregelten wurden unterstützt, um eine allgemeine Arbeitsniederlegung auf dem Bau zu vermeiden. Nach den Ausführungen des Nedners vergeht fast keine Woche, in der sich nicht die Lohnkommission mit Mißständen auf dem Bau des „Lokal-Anzeiger“ zu beschäftigen hätte, so daß gerade dieser Bau fortwährend zu Differenzen Veranlassung gebe. Auf einem Bau in der Kronenstrasse wird, wie angegeben wurde, gegenwärtig bis 10 Uhr abends gearbeitet und soll hiergegen Stellung genommen werden. Von mehreren Nednern wurde wieder über das Verhalten der Polizeibeamten der Arbeiter gegenüber Klage geführt und behauptet, daß die Eingriffe der Beamten bei Bauplätzen in der letzten Zeit noch stärker hervorgetreten sind.

Von einem Nedner wird sodann mitgeteilt, daß am Montag auf dem Gefängnisbau in Zegel ein Mauerereignis erfolgt ist, wobei drei Maurer verunglückt sind und schwer verletzt von der Arbeitsstelle geschafft werden mußten. Diese Arbeiter haben an diesem Tage bereits um 5 Uhr zu arbeiten anfangen müssen. Es sollte ein Theil einer Mauer, die zu hoch und verbaut war, abgetragen resp. umgebaut werden, wobei dieses Unglück voram. Nach den gemachten Ausführungen werden auf diesem Bau nicht nur 11 Stunden, sondern auch des Sonntags gearbeitet. Es wird ferner behauptet, daß die Rüstungen vielfach nicht vorchriftsmäßig waren und schon wiederholt Unglücksfälle auf diesem Bau vorgekommen sind.

Nachdem noch verschiedene Mißstände auf den Bauten besprochen worden waren, wurde einstimmig beschlossen, der Geschäftscommission der Vertrauensmänner-Zentralisation 2000 M., welche dieselbe zur Unterstützung der Braunkohlener Maurer verauslagt hat, aus den öffentlichen Fonds zu überweisen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Essen a. d. Ruhr, 27. September. (B. T. Z.) Amlich wird bekannt gemacht: Der gestern Abend 9 Uhr 40 Min. von Essen-Saunhof kommene Personenzug 278 ist bei der Einfahrt in Altdorf-Kronenberg auf eine auf dem Einfahrtsgeleise stehende Lokomotive gestoßen, wodurch der Postwagen mit allen drei Kössen aus dem Geleise gehoben und nebst den beiden Lokomotiven und einem Personenwagen unerschütterlich beschädigt wurde. Personen wurden nicht verletzt.

Budapest, 27. September. (B. T. Z.) In einem Graner Kohlenbergwerk der ungarischen Kohlenbergbau-Gesellschaft fand ein Wasserbruch statt. Ueber den Umfang und die Tragweite des Unglücks fehlen nähere Mittheilungen noch.

Paris, 27. September. (B. T. Z.) Auch in einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder der Rechten und der Nationalisten wurde eine Tagesordnung angenommen, welche besagt, das Ministerium Brisson habe die von ihm übernommenen Verpflichtungen verletzt; es habe die Dreifus-Angelegenheit aus einer gerichtlichen in eine politische umgewandelt. Der Präsident werde daher von den Mitgliedern der Versammlung um Einberufung des Parlaments ersucht. Diese Tagesordnung sollte von einer Abordnung dem Präsidenten Kaure überbracht werden; der Präsident lehnte es aber ab, die Abordnung zu empfangen.

Paris, 27. Sept. (B. T. Z.) Die Gegner der Revision in den Kammern veranfaßten heute zwei Versammlungen. Die eine, bestehend aus Senatoren und Deputirten der Rechten, war von de Ramel, die andere aus nationalistischen Deputirten bestehend, von Berry einberufen. Jede der beiden Versammlungen war von einigen 20 Mitgliedern besucht. Die Vereinigung der Senatoren und der Rechten nahm eine Tagesordnung an, in welcher gegen das „unpatriotische und ungelegliche Vorgehen der Minister protestirt, die Einberufung der Kammern verlangt und Einspruch gegen die weitere Ausübung der Gewalt ohne parlamentarische Kontrolle erhoben wird. Diese Tagesordnung wurde der im Palais Bourbon abgehaltenen Versammlung der Nationalisten unterbreitet, welche in ihrer Tagesordnung der Regierung ihr Mißfallen darüber ausdrückte, daß sie die Affäre Dreifus vom juristischen auf das politische Gebiet hinübergelieft habe und gleichfalls die Einberufung der Kammern forderte. Diese Tagesordnung wird durch Milleboye, Drumont, Deroulde und Berry dem Ministerpräsidenten Brisson mitgeteilt werden.

Paris, 27. September. (B. T. Z.) In seinem Rundschreiben an die General-Staatsanwälte sagt Justizminister Sarrien, infolge der jüngsten Ereignisse sei eine wahre Kampagne von Verleumdungen und Schmähungen gegen die Führer der Armee zu Tage getreten; diese Angriffe zeigten einen Charakter von aufnahmeweiser Schwere und seien geeignet, die Disziplin zu vernichten, das Vertrauen der Soldaten auf ihre Führer zu erschüttern und in die Nation den Samen der Desorganisation auszusäen. Diese Angriffe seien künstlich inszenirt und entschuldbar, als die Dreifus-Affäre jetzt in die richterliche Phase getreten sei und weil demzufolge die Führer der Armee den gegen sie gefühlten Verleumdungen nur Schweigen entgegenzusetzen könnten. Infolge davon bittet Sarrien die Staatsanwälte, gegen alle in der Presse und in Reden gegen die Armee begangenen Vergehen nachdrücklich vorzugehen.

Rom, 27. September. (B. T. Z.) In betreff der vom Londoner „Observer“ veröffentlichten Enthüllungen Esterhazy's, in welchen behauptet war, um Dreifus auf die Probe zu stellen, sei ihm ein erfundener Plan für die Truppen-Zusammenziehungen an der italienischen Grenze diktiert worden, und kurze Zeit darauf hätten französische Spione von entsprechenden Veränderungen erfahren, welche bei den italienischen Befestigungen vorgenommen werden sollten, schreibt der „Giornale“: Wir verstehen sehr wohl, daß diese Behauptung dazu dienen kann, die These, die man aufrecht erhalten will, zu kräftigen, insofern es gut, daß man wisse — und wir sind in der Lage, eine formelle Erklärung dahin abzugeben — daß der italienische Generalstab niemals Gelegenheit gehabt hat, unsere Befestigungen Veränderungen zu unterwerfen, welche mit wahren oder erfundenen Plänen von Truppen-Zusammenziehungen in Verbindung ständen.

Toronto, 27. September. (B. T. Z.) Ein furchtbarer Wirbelsturm wüthete gestern Nachmittag in einem Theile des Niagara-districts; in der Stadt St. Catharines und dem anliegenden Dorfe Merriton sind sämtliche Gebäude zerstört worden; 5 Personen sind getödtet und 20 verletzt.

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der Vorlage betreffend den zur Begründung eines vegetarischen Kinderheims bestimmten Nachlass des Professors Julius Baron hat heute Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Horwig und in Anwesenheit der Stadträte Marggraf und Bail mit 8 gegen 7 Stimmen beschlossen, die Ablehnung des Baron'schen Vermächtnisses zu empfehlen.

Lokales.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute Abend 8 Uhr im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 15c, eine Versammlung ab, zu der Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil ein Referat über „Die Sozialdemokratie, ihre Leiden, Kämpfe und Erfolge“ übernommen hat. Gäste haben freien Eintritt; neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Der Vorstand.

Das Kuratorium der städtischen Sparkasse hat in seiner letzten unter Vorsitz des Stadtrats Mamroth stattgehabten Sitzung beschlossen, zur Herbeiführung einer schnelleren Abfertigung des Publikums eine neue XII. Zahlstelle einzurichten. Bei derselben sollen versuchsweise ausschließlich neue Sparkassenbücher ausgestellt werden, was begreiflicherweise mehr Zeit in Anspruch nimmt, als andere Buchungen. Rächst dem soll die Errichtung einer Filiale der Sparkasse in dem Potsdamer Viertel (etwa in der Gegend des Magdeburger Platzes) in Aussicht genommen werden. — Endlich soll die Schließung der Sparkasse an den beiden letzten Geschäftstagen des Monats aufhören und die monatlichen Abkassirungen außerhalb der Dienststunden gefertigt werden. Man hofft dadurch dem großen Andrang an den ersten Monats- und Quartalsstagen, welcher mit zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Verkehr von drei Geschäftstagen auf den Anfang des Monats sich konzentriert, zu beseitigen. — Je nach Bedarf, und zwar an den verkehrsreichsten Tagen, soll die Öffnung der Sparkasse bereits um 8 Uhr morgens erfolgen und ausnahmsweise auch ein Nachmittagsdienst, allerdings nur zur Auszahlungswenden, eingerichtet werden. Soweit durch vorstehende Beschlüsse eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen bedingt ist, soll eine Statutenänderung angestrebt werden. Das Kuratorium verheißt sich hierbei nicht, daß alle seine Bemühungen nur geringen Erfolg haben werden, wenn es nicht vom Publikum unterstützt wird. — Die über die ganze Stadt verbreiteten Annahmestellen — gegen 100 an der Zahl — bieten jedem Gelegenheit, innerhalb weniger Minuten abgefertigt zu werden. Es wird daher wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Stadtgemeinde für die bei diesen Annahmestellen geleisteten Einzahlungen vollständige Garantie leistet. Der Einzahler hat nur darauf zu achten, daß die hier auf einem Sparlassenformular erteilte Quittung mit dem Amtsstempel der betreffenden Annahmestelle versehen ist.

Die Schulartzfrage ist vorläufig erledigt. Das Endergebnis der Verhandlungen des von der Stadtverordneten-Versammlung resp. dem Magistrat eingesetzten Ausschusses ist, daß die Gemeindeschulen Berlins in zehn Bezirke eingeteilt sind und die zehn Herren- bzw. Kinderärzte, welche für die schwachmündigen Kinder durch den Ausschuss vorgeschlagen worden sind, von dem Magistrat nunmehr anerkannt und je einem Bezirk zugeteilt werden. Es sind dies die Herren Dr. Theissen, Schwedien, Münster, Cappel, Vertram, Ehrhans, P. Meyer, Erich Müller, Hoagen und A. Cohn. Nach der Haltung, welche der Vorsitzende des bezeichneten Ausschusses eingenommen hat, ist nicht anzunehmen, daß in dieser Angelegenheit weiter gearbeitet werden wird. Als sicher kann jedenfalls bezeichnet werden, daß dem Wunsch verschiedener Interessenten, nicht nur für geistig schwache Kinder, sondern auch für Kinder, die infolge irgend welcher Krankheiten geistig zurückgeblieben sind, in allen Gemeindeschulen besondere Klassen einzurichten, nicht entsprochen wird.

Die beiden streitenden Vorstände im Rabatt-Sparverein „Norden“ haben sich gestern zu folgendem vor der 16. Zivilkammer am Landgericht I geschlossenen Vergleich geeinigt: 1. Die Provolanten sowohl wie die Provolanten Legen das Amt als Vorstand des Rabatt-Sparvereins „Norden“ nieder. Der Ausschluß der Provolanten gilt als nicht erfolgt. 2. Bis zum 12. Oktober 1898 berufen die Herren Giesfeld und Scheffer eine außerordentliche General-Versammlung des genannten Vereins zum Zwecke der Neuwahl eines Vorstandes, zu der je drei Mitglieder des alten und des neuen Vorstandes in Vorschlag gebracht werden sollen. 3. Die Versammlung findet im Lokale des Herrn Gäßner, Svinemünderstr. 42, abends 8 1/2 Uhr statt. Die Parteien haben sich jeder Agitation in den Zeitungen zu enthalten. Die Einladung zu der Generalversammlung findet durch Aushängen in den Geschäftslokalen der Vereinsmitglieder und einmalige Belamitmachung im „Lokal-Anzeiger“ und „Vorwärts“ statt. Die Kosten des Rechtsstreits übernimmt der Verein und sind von dem Herrn Schaller zu erfordern.

Hinsichtlich der Benutzung der Einbänke in den Eisenbahnwagen IV. Klasse hat die Eisenbahndirektion Halle (Anhalter Bahn) vor kurzem eine neue Verfügung erlassen, welche für die Fahrgäste dieser Wagenklasse von besonderer Bedeutung ist. In der Verfügung heißt es u. a.: „Wiederholt sind zwischen den Reisenden der IV. Wagenklasse Streitigkeiten darüber entstanden, daß einzelne Passagiere berechtigt zu sein glaubten, einen bestimmten Sitzplatz für die ganze Dauer der Reise für sich allein in Anspruch nehmen zu können. Das Juppersonal wird angewiesen, bei eintretenden Differenzen das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß ein Anspruch auf dauernde Besetzung eines Sitzplatzes der vierten Wagenklasse nicht besteht, auch ein Belegen der Plätze unstatthaft ist. Die Sitzplätze sind lediglich da, um allen Reisenden ohne Unterschied Gelegenheit zu geben, sich zeitweise auszurufen, wobei eine weitgehende Fahrt in keiner Weise einen begründeten Vorzug für den Reisenden in sich schließt.“ Soweit hat es die preussische Eisenbahnkultur bekanntlich noch nicht gebracht, daß sämtliche Fahrgäste vierter Klasse ein wenig besser als das Vieh befördert werden.

Zu großen Widerwärtigkeiten giebt immer noch die Verlehrsamt auf den Frühbüden des Nordrings Anlaß. Recht oft entsteht namentlich auf der Station Wedding ein lebensgefährliches Gedränge unter den zahlreichen Arbeitern, die pünktlich befördert sein müssen, wenn sie nicht für das Paspalkommen auf ihrer Arbeitsstätte schwere Nachteile erleiden wollen. Es kommt hinzu, daß die Eisenbahn-Verwaltung in solchen Fällen, wo die Arbeiter nothgedungen den Vorplatz zweiter Klasse benutzen, außerordentlich rigoros verfährt. Wie uns berichtet wird, soll sich vor einiger Zeit der Fall ereignet haben, daß eine Anzahl solcher Arbeiter auf einer der nächsten Stationen von Schulgeuten in Empfang genommen wurden. Zu häufigem Kopfschütteln führt noch folgendes Fahrpreisulium: Ein Billet Wedding-Pöppogarten kostet, wenn man die Station vom Anfang Reinickendorferstrasse besetzt, 45 Pfennige; kauft man dagegen sein Billet am Anfang Müllerstrasse, so braucht man nur 40 Pfennige zu zahlen. Selbst am ist es auch, daß Retourbilletts für diese Strecke nur in Pöppogarten, aber nicht auf Station Wedding verkauft werden.

Regelmäßige Unternehmung der elektrischen Anlagen. Auf Anregung der Abtheilung für Sicherheits-Einrichtungen ist das Berliner Polizeipräsidium mit dem Magistrat und dem Verbands der deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaften darüber in Verhandlungen getreten, daß sämtliche elektrischen Anlagen vor Benutzung durch

geeignete Revisoren abgenommen und während der Benutzung periodisch geprüft werden. Die Abtheilung hat die hierzu geeigneten Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht, nachdem die Versicherungs-Gesellschaften gegen die Anstellung von Revisoren auf Kosten der Gesellschaften sich ablehnend ausgesprochen hätten. Abgesehen von diesen geplanten Maßnahmen bleibt bis dahin die Bestimmung in Kraft, daß die Theater u. s. w. alljährlich eine Revisionsbescheinigung beizubringen haben. Auch sämtliche Saalbesitzer sind aufgefordert worden, durch Sachverständige eine Untersuchung der elektrischen Leitungen, insbesondere soweit die Leitungsdrähte durch Holz geführt sind oder an Balken entlang liegen, vornehmen zu lassen.

Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen hat jetzt der städtischen Verkehrs-Deputation die Zeichnungen des Oberbaues und der Oberleitungsmaße zu der von der Gesellschaft herzustellenden elektrischen Bahn vom Schlesischen Bahnhofe durch den Spreetunnel nach Treptow zur Prüfung eingereicht.

Stiftungsfonds für Weber und Stuhlarbeiter. Aus der unter Verwaltung der städtischen Stiftungs-Deputation stehenden „Stiftung eines Ungenannten“ sollen einmalige Unterstützungen im Betrage von wenigstens 30 M. an solche Weber und Stuhlarbeiter (d. h. Weber, Wirler, Raichmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirler), Meister und Gesellen, vergeben werden, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, namentlich was die Zahlung der Wohnungsmiethe betrifft, befinden. — Bewerber müssen sich seit mindestens zwei Jahren in Berlin niedergelassen haben; hauptsächlich sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als vier Kinder unter 14 Jahren haben. Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthalts der Bewerber in Berlin und über die Zahl ihrer am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind bis Ende September an die städtische Stiftungs-Deputation, Poststr. 16, Ir zu richten.

Der Deutsche Thierschutz-Verein (Bureau Lindenstraße 74, I) ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung: „Nach § 5 der Straßenpolizei-Verordnung vom 3. Oktober 1890 muß sich in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 1. April auf jedem Hundewagen eine Unterlage und eine Decke für den Hund befinden. Die schon seit vielen Jahren liefert der Deutsche Thierschutz-Verein den Besitzern von Hundewagen diese Decken unentgeltlich. Zu dem Zweck bietet er alle diejenigen, welche Teppiche und Decken auszuräumen beabsichtigen, diese dem Depot des Deutschen Thierschutz-Vereins (Stadtbahnhof 80) zu überweisen, damit die armen Hunde gegen die Unbilden der Witterung geschützt sind. Die Abholung der Decken erfolgt durch den Verein.“

Der Vorstand des „Berliner Männerbundes zur Bekämpfung der Unsitlichkeit“ hat sich mit der Bitte an den Magistrat gewendet, eine größere Anzahl Bedarfskassen in allen im Osten Berlins herzustellen. Es ist erfreulich, daß der „Männerbund“ sich den realen Dingen dieser sehr verbesseungsbedürftigen Erde zuwendet. Der Verein kann der Sympathien aller sittlich denkenden Menschen sicher sein, wenn er endlich den nutzlosen Kampf gegen die Raubthat des olympischen Göttergötters aufgibt und hinfür eine Agitation ausschließlich auf die Vermehrung der Bedürfnisanstalten konzentriert.

Weihnachtssendungen nach Kantschou. Der Norddeutsche Lloyd hat sich gegenüber dem Kommando der ersten Abtheilung der zweiten Matrosendivision bereit erklärt, mit dem am 2. November dieses Jahres von Bremerhaven abgehenden Reichs-Postdampfer „Prinz Heinrich“ über Shanghai bis Kantschou, welcher dort unmittelbar vor den Weihnachtstagen eintreffen wird, Weihnachts-sendungen in Paketen für die Angehörigen der Besatzung der Schiffe in Ostasien und von Kantschou zu ermäßigten Frachtsätzen mitzunehmen. Diefelben sind zunächst an in Kiel und Wilhelmshaven vorgesehene Sammelstellen zu richten, von wo ihre weitere Beförderung veranlaßt wird.

Das Dreirad wird vom 1. I. M. an im Betriebe der Post in Berlin eine neue Verwendung finden. Von diesem Tage an werden frankierte Eilpostsendungen (Eilbote bezahlt) kleineren Umfanges, die in den Kisten des Dreirades Platz finden können, sofort nach Einlauf der Jäger von den bei den Bahnhöfen befindlichen Postämtern mittels Dreirades direkt an die Adressaten übermittlelt werden, ohne wie bisher an das Postpaketamt zu gehen. Infolge dessen dürften sie bereits etwa eine Stunde nach ihrem Einlaufen in Berlin in den Händen des Adressaten sein. In der Zeit von 11 Uhr nachts bis 5 Uhr früh wird diese Bestellung ruhen.

Auffehen erregte am Dienstag Morgen der Selbstmordversuch eines angeblichen Feiervorbesizers im Hotel zum Stadtwappen in der Kopenstr. 96 beim Schlesischen Bahnhofe. Hier wohnte seit fünf Wochen ein junger Mann, der sich Reugebauer nannte und angab, Feiervorbesizer in einem Trainbataillon zu sein. Der angebliche Reugebauer war sehr elegant gekleidet und lebte auf großem Fuße, kaufte Brillantringe und ließ sich nichts abgehen. Ob die Ringe, die der Käufer später verkaufte, bezahlt sind, weiß man nicht. Der Inhaber des Hotels, Gastwirth Meyer, stundete sowohl die Miethe als auch die Zehrkosten, die Schuld belief sich zuletzt schon auf etwa 400 M. Vorgestern erinnerten die Wirthsleute ihren Gast noch einmal an seine Rechnung. Der Herr hat nun um Stundung bis zum nächsten Tage. Sein Vater werde nach Berlin kommen und die Rechnung begleichen. Gestern Morgen um 8 Uhr ging er aus, um 9 Uhr kehrte er aber schon wieder zurück, ging auf sein Zimmer, vernichtete sämtliche Papiere und jagte sich dann aus einem Militärrevolver eine Kugel in die Brust. Die Wirthsleute und ihre Angestellten fanden die Thür des Fremden, den sie schwer stöhnen hörten, nicht verschlossen. Der junge Mann lag auf dem Fußboden und blutete stark. Man ließ ihn mit einem Ländlichen Rettungswagen sofort in das Krankenhaus am Friedrichshain bringen, wo er schwer darniederliegt. Es ist dies binnen kurzer Zeit der zweite Fall eines Selbstmordversuches in jenem Hotel.

Ein Leichensind in dem Hause Weidenweg 65 gab zu dem Gerücht Anlaß, daß ein Nord vorliege. Die unverschämte Marie Antonie Beder, die in ihrer Wohnung mit durchschüttelten Pulsadern todt aufgefunden wurde, war seit acht Jahren als Fleischbeschauerin auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe thätig und lebte in guten Verhältnissen. Seit längerer Zeit unterhielt sie ein Liebesverhältnis mit dem 60 Jahre alten fröhlichen Barbier und Vanngastigen Voigt aus der Gr. Frankfurterstr. 148, der sich jetzt mit der Wasserheilung beschäftigt. Da man Voigt, der einen Schlüssel zu der Wohnung der Beder besaß, zuletzt in dem Hause Weidenweg 65 gesehen hatte, brachte man ihn zunächst mit dem Todefall in Zusammenhang. Er war es auch, der die Leiche zuerst auffand und der Polizei Mitteilung davon machte. Er wurde vorläufig festgenommen und wäre wohl auf längere Zeit in eine höchst unangenehme Lage gerathen, wenn nicht von einer Seite Aufklärung gekommen wäre, von der man es nicht mehr erwartete hatte. Man wußte wohl, daß Fräulein Beder öfter Selbstmordgedanken geduldet hatte; das konnte aber den Verdacht nach anderen Richtungen nicht beseitigen. Gestern Morgen jedoch gingen an Voigt und zu gleicher Zeit an eine Freundin der Verstorbenen Briefe ein, in denen diese selbst Aufklärung gab. Sie theilte mit, daß sie sich das Leben genommen habe, weil es nicht anders mehr gehe; ihr Leben sei verflucht. Voigt hat sie um Verzeihung. Diese Briefe wurden der Polizei übergeben, und hiermit war die aufregende Angelegenheit erledigt. Als die Gerichtskommission eintraf, war die Sache schon aufgeklärt und Voigt schon wieder auf freiem Fuße. Fräulein Beder hat sich, wie eine nochmalige genaue Untersuchung ergab, auf dem Schlafsofa liegend die Pulsadern geöffnet und sich verbluten lassen. Sie hat an Wagniskämpfen gelitten. Ob sie aus diesem Anlaß Selbstmord verübt hat, muß dahingestellt bleiben.

Zu der Bluthat in der Fürbringerstraße wird gemeldet, daß der Zustand der verletzten Frau Heilmann sich während der

vorletzten Nacht verschlimmert hat, so daß sie noch nicht vernunftfähig ist. Die der That dringend verdächtige Frau Dormann befindet sich in Haft, während ihr Gatte, der Straßenarbeiter Dormann, nicht verhaftet war, sondern nur zu einer Vernehmung auf der Polizei erscheinen mußte.

„Eine goldene Uhr gratis!“ versprach ein Zigarrenfabrikant den Gastwirth und anderer Massenhandlung in seinen Offerten. Tausend Stück Zigarren bot der Mann für den Preis von 35 M. an und sicherte jedem Abnehmer dieses Quantum eine goldene Herren-Kemontuhr mit Springedel zu. Diejenigen, welche auf dies Loosmittel herinkam, merkten bald, daß sie getäuscht worden waren. Die geschenkte Uhr enthielt nicht eine Spur von Gold, nicht einmal von einer Goldlegirung. Das ganze Gehäuse bestand vielmehr aus polirtem Messing, das Werk war ebenfalls minderwerthig und die ganze Uhr 4—6 M. werth, um welchen Preis natürlich auch die Zigarren zu ihrer bezahlten waren. Verschiedene „Kunden“ sollen gegen den Zigarrenfabrikanten Straf anzeigen erstattet haben. — Auffallend genug ist es, daß es hier noch Leute giebt, die auf einen dergleichen Schwindel anbeifhen.

Mit einer 15 Zentimeter langen Schulttwunde im Halse wurde vorgeföhrt Abend der Bauarbeiter Körner in das Krankenhaus Friedrichshain geschafft. Als K. am Abend etwas zeitiger als üblich von seiner Arbeitsstelle nach Hause kam, fand er in der Wohnung an der Seite seiner Frau einen fremden Mann, der seinen rechten Arm um die Taille der K. geschlungen hatte, und beide speiften zusammen Abendbrot. Der durch diese Entdeckung erklärlicherweise auf das höchste empörte Bauarbeiter ergriff in seiner Wuth ein auf dem Tische liegendes Brotmesser und suchte sich die Kehle zu durchschneiden. Er brachte sich jedoch nur eine ungeschädliche Verletzung bei und konnte sich allein nach dem Polizeibureau begeben, welches ihn nach dem Krankenhaus Friedrichshain bringen ließ. Als mehrere Beamte die K.'sche Wohnung aufsuchten, um den Thatbestand festzustellen, war Frau K. gerade im Begriffe, mit ihrem Geliebten zusammen die Wohnung zu verlassen.

Durch Nahrungsorgen ist die Wittve Emilie Hentze I im Hause Blumenstr. 63 B in den Tod getrieben worden. Die etwa 60jährige Frau betrieb im Keller des Hauses einen kleinen Kohlenhandel, der wegen ihrer Armut und der herrschenden Konkurrenz halber mehr und mehr zurückgegangen war. Zuletzt war es schon so weit gekommen, daß sich die Frau von anderen Kohlenhändlern kleine Quanten Waare bringen ließ, die sie alsdann verkauerte, weil es ihr an Geld mangelte, um beim Großhändler einzukaufen. Schon am 1. September sah sie sich außer stande, die Miethe zu bezahlen und schon stand der Monats-Erste wieder vor der Thüre. Das mag wohl die arme Frau zur Verzweiflung getrieben haben. Am Montag früh wurde der Keller nicht geöffnet. Als dies auch bis zum Abend noch nicht geschehen war, drückte Hausbewohner eine Fensterleiste ein und sahen nach, ob der Frau ein Unglück zugefallen sei. Man fand die Frau als Leiche vor, sie hatte zum Strick gegriffen. Der Selbstmord muß schon am Sonntag ausgeführt worden sein. Die Frau hatte umfassende Vorbereitungen dafür getroffen. Zunächst hatte sie reine Wäsche angelegt und dann ihr schwarzseidenes Kleid — der letzte Zeuge besserer Tage — angezogen. So hing sie in einem Winkel unter der Treppe.

Erhängen hat sich in der Nacht zum Dienstag in einer Droßk. an der Ecke der Friedrich- und Laubenstraße der Regierungsa. professor und Spezialkommissar, Premierleutnant der Landwirthschafts- u. Dierbergs aus Laasphe. Er feuerte einen Schuß gegen die rechte Schläfe, der ihn sofort tödtete. Die Leiche wurde nach der Unfallstation 13 in der Kronenstraße gebracht, wo nur der eingetretene Tod konstatirt werden konnte. In den Taschen des Verstorbenen fanden sich 78 M., ein Trauring und mehrere zum Absenden fertigestellte Briefe.

Das geraubte Zweirad des Berliner Radfahrers Köpfer, von dem dieser vor einigen Wochen in der Nähe von Beelitz wahrscheinlich durch den seitdem flüchtigen Handelsmann Puhmann aus Treuenbrietzen herabgeschossen wurde, ist am Sonntag in der Nähe von Michendorf in dem Amersdorfer Forst durch den Forstausseher Hermann aufgefunden worden. Hiermit ist anzunehmen, daß der Räuber, vielleicht gewarnt durch die Artikel in den Tageszeitungen, es nicht gewagt hat, das genau beschriebene Rad zu bemizen.

Theater. Das Schiller-Theater nimmt auch in diesem Jahre seine Dichter- und Tonidichter-Abende wieder auf. Der erste Abend soll Theodor Fontane gewidmet sein. Er findet am 2. Oktober im Bürger-saale des Rathhauses statt, den der Magistrat auch in diesem Jahre freundlich für die Dichter- und Tonidichter-Abende zur Verfügung gestellt hat. — In der Kunst-Schaubühne, Altes Drama-Theater, Invalidenstraße 57, findet heute Abend 8 Uhr die Eröffnungsvorstellung mit dem neuen, gleichmässigem Projektionsbild: „Im alten Wandertage der Pyramiden“ von Dr. Wred Köppen statt. — 100 farbige Wandbilder dienen zur Illustration. — „Fodo's Streiche“, eine englische Varietee gelangt heute in Lützen-Theater in folgender Besetzung zur ersten Aufführung: Die Titelfolle spielt Paul Herbig, der Gatte des Wilmbergers Apollo-Theaters, die beiden Professoren Taylor und „Ferdinand“ die Herren Wankler und Conrad, die „Edith“ Hedra Meiner, die „Witwe“ Bräul. Häfel, „Mr. Spencer“, Herr Redaich, „Minnie“ Fr. Kretz.

Feuerbericht. Laufferstr. 23 und Prenzlauerstr. 11a waren Flächenbrände abzuholen. Montag Abend 11 Uhr mußte Dohrenstr. 22 ein Zimmerbrand beseitigt werden, der Möbel und Gardinen einäscherte. Kurz vorher brannten Saarbrückerstr. 33 in einem Wohnzimmer Möbel, Kleider und Hüllen. Reinickendorferstr. 62 hatte ein kleiner Schuppen auf dem Hofe Feuer gefangen, das aber gelöscht werden konnte, bevor erheblicher Schaden geschah. Außerdem verurthete ein kleiner Kellerbrand noch einen Alarm nach Bergmannstr. 2.

Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer Sitzung vom 26. September mit der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises. Nach lebhafter Debatte wurde ein Antrag angenommen: „den Magistrat zu eruchen, ähnlich anderen Städten auf Errichtung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises bedacht zu nehmen und der Stadtverordneten-Versammlung jedenfalls zum nächsten Etatsjahre eine entsprechende Vorlage zu machen.“ Die Errichtung eines Krankenhauses, welche in der Sitzung vom 20. Juni d. J. beschlossen wurde, würde etwa zwei Jahre in Anspruch nehmen. Der Magistrat ersucht, die Herstellung der vorhandenen Baracken zu einem provisorischen Krankenhaus zu genehmigen, sowie eine Deputation zu ernennen, deren Aufgabe es sein soll: 1. die Baracken neu einzurichten, 2. demnach die Verwaltung der provisorischen Anstalt zu führen, 3. die Anlage eines definitiven Krankenhauses vorzubereiten. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Ein vom Konsortium der städtischen Vorortbahnen beim Magistrat gestellter Antrag, die ihr durch Vertrag vom 17. März 1896 genehmigte Ringbahnlinie nicht durch die Feurig- und Herbertstraße, sondern unter Benutzung der Geleise der Großen Berliner Straßenbahn durch die Hauptstraße führen zu dürfen, fand nicht die Zustimmung der Stadtverordneten, trotzdem der Magistrat den Antrag befürwortete und besonders die geringe Breite der Feurigstraße und die scharfe Kurve, die bei der Einmündung der Herbert- in die Colonnadenstraße augulegen ist, als Ursache der Verlegung ins Feld führte.

Den Beginn der Urwahlen zum Landtag hat der Charlottenburger Magistrat, wie berichtet, auf 10 Uhr vormittags festgesetzt. Gegen diesen Beschluß sollen von liberaler Seite Vorstellungen an unabhängiger Stelle gemacht und die Gründe für die Verlegung der Wahl auf den Abend zur Geltung gebracht werden. Man hofft, eine Zurücknahme des Beschlusses und die Festsetzung des Beginns der Wahlhandlung auf dieselbe Stunde wie in Berlin, nämlich 5 Uhr nachmittags, zu erreichen.

Die Biersteuer in Preußen ist von der Regierung nicht genehmigt worden, wenigstens nicht in der von der Gemeindeverwaltung beschlossenen Weise. Um die erforderliche Genehmigung zu erlangen, sind die Bestimmungen nunmehr dahin abgeändert worden, daß die Ausfuhrvergütung für Bier anstatt bei 25 Litern bereits bei nicht weniger als 10 Litern eintreten soll. Am 1. Januar 1899 soll die Biersteuer nach den Plänen der Gemeindeverwaltung zur Einführung gelangen.

Die militärärztliche Arbeiterkolonie Saselhorst bei Spandau erhält eine bedeutende Vergrößerung durch eine Anzahl Familien-Wohnhäuser, deren Bau noch in diesem Herbst in Angriff genommen wird. Die Militärverwaltung ist indeß von dem ursprünglichen System der Zweifamilienhäuser abgewichen und läßt jetzt regelrechte Mietkolonien für je zehn Arbeiterfamilien bauen.

Ein großes Schadenfeuer entbrach gestern Mittag in der Rüdgersdorfer Portland-Zement-Fabrik. Es brannte das große Kohlenlager der Fabrik; diese selbst erschien sehr gefährdet. Die Feuerwehren aus Ormer, Friedrichshagen, Köpenick etc. sind auf telegraphische Requisition zur Stelle, können aber nur wenig ausrichten. Die Berliner Feuerwehr, die ebenfalls um Hilfe ersucht wurde, entsandte den letzten Dampfprisenzug aus der Köpenickerstraße vierstündig zur Hilfeleistung.

Gerichts-Beilage.

Der Staatsanwalt und das Vereinsrecht der Arbeiter. Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen besitzt in Linden bei Hannover eine Zählstelle, die selbständig Versammlungen abhält. Wegen mehrerer in den Versammlungen dieser Zählstelle gehaltenen Vorträge erklärte die Polizei die Zählstelle für einen politischen Verein und verlangte den Ausschluss der weiblichen Mitglieder. Die Zählstelle wurde vorläufig geschlossen und die Bevollmächtigten ihrer Mitglieder, Bruns und Genossen, erhielten eine Anklage wegen Vergehens gegen die §§ 8 u. 10 des Vereinsgesetzes, weil sie als Richter eines politischen Vereins in diesen Rahmen als Mitglieder aufgenommen und solche darin gebildet hätten. Die Staatsanwaltschaft berief sich darauf, daß drei der in der Zählstelle gehaltenen Vorträge politischer Natur gewesen seien. Die betreffenden Redner hätten sich dem Sinne nach dahin ausgesprochen, daß der Kapitalismus die Arbeiter auslaugte und daß ihn hierbei die Regierung unterstütze. Weitere Gründe für den behaupteten politischen Charakter des Vereins vermochte die Staatsanwaltschaft nicht beizubringen. Nach dem Statut verfolgt der Verband nur den Zweck, seine Mitglieder wirtschaftlich besser zu stellen. Schöffengericht und Landgericht sprachen den Angeklagten frei. Die Strafkammer nahm an, daß allerdings in drei Vorträgen das Gebiet der Politik gestreift worden sei; sie erklärte jedoch ein zufälliges und gelegentliches Hinüberschweifen der Redner in die Politik für nicht ausreichend, den Verein zu einem politischen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes zu stempeln. Die Staatsanwaltschaft legte darauf Revision ein und betonte, die §§ 8 und 10 des Vereinsgesetzes seien durch die Vorinstanzen verkannt worden. Wichtig sei, daß der Verein vorwiegend wirtschaftliche Zwecke verfolgt habe. Daneben seien aber auch politische Gegenstände erörtert worden, und das genüge, die Zählstelle als Verein im Sinne der §§ 8 und 10 des Vereinsgesetzes anzusehen und zu behandeln. Das Kammergericht verwarf indessen die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, daß der Vorderrichter einen Rechtsirrtum nicht begangen habe.

Wie unsere bürgerlichen Richter gegen Arbeiter urtheilen! Eine harte Strafe für ungeschickte Verursachung eines arbeitswilligen Arbeiters verhängte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I über den Maurer Ludwig Franz Goppe. Im April d. J. war auf einem Neubau des Grundstücks Schiffbauerdamm 22 ein Mauererstreik ausgebrochen. Als am 21. April, morgens 5 1/2 Uhr, der Maurer Töpfer, ungedenkt seiner Solidaritätspflicht, sich nach diesem Neubau begeben wollte, wurde er von mehreren Mauern mit der Frage angehalten, ob er eine Streikkarte habe und wohin er gehen wolle. Er erklärte, daß er auf dem Neubau arbeiten wolle und um suchte ihn der Angeklagte von dem Streik abzuhalten. Er soll ihn mit erhobenem Schwert bedroht, vor die Brust gestoßen und schließlich auf den Damm gedrängt haben. Durch den lärmenden Wortwechsel war ein Schuttmann aufmerksam geworden, bei dessen Annäherung der Angeklagte sich entfernte. Er ist aber erkannt worden und hatte sich nun wegen Nötigung zu verantworten. Er bestritt, der Thäter gewesen zu sein, der Gerichtshof erachtete ihn aber durch die Beweisnahme für überführt. Wie der Vorsitzende in der Urtheilsbegründung hervorhob, ist der Gerichtshof der heute ja sehr zeitgemäßen Ansicht geworden, daß die Leute, die in so terroristischer Weise den freien Willen (!) anderer beugen wollen, mit harten Strafen belegt werden müssen. Da der Angeklagte schon vor Jahren eine Vorstrafe aus gleichem Anlaß erlitten, so erkannte das Gericht diesmal auf neun Monate Gefängnis.

Nah an das Zuchthaus streifte das Strafmaß, welches die 11. Strafkammer am Landgericht II in gestriger Sitzung über einen Arbeiter verhängte, welcher „arbeitswillige Arbeiter“ zu verhindern versucht hat, ihre Arbeit fortzusetzen. Der Zigarrenarbeiter Friedrich Fenzler hatte bei dem Zigarrenfabrikanten Schwarz in New-Weissensee in Arbeit gefunden. Am 24. Mai d. J. wurde er wegen Lohnhöherforderungen entlassen. Er drang dann widerrechtlich in die Behausung seines Arbeitgebers ein, wurde hinausgewiesen, kam aber wieder, beschimpfte den Meister und schlug die Zigarrenarbeiterin Johanna Hardt mit der Faust ins Gesicht, wobei er die Worte äußerte: „Dich was schlag ich todt, wenn Du hier weiter arbeitest!“ Er wurde deshalb wegen Hausfriedensbruchs, Verleumdung und Nötigung in idealer Konkurrenz mit einem Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung angeklagt. Der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Werschheim erklärte: „Es soll den Arbeitern das Koalitionsrecht erhalten werden (!), aber gegen den Terrorismus, arbeitswilliger Arbeiter durch Gewalt oder Verdrohung an der Fortsetzung der Arbeit zu hindern, muß mit den strengsten Strafen vorgegangen werden!“ Es wurde daher wegen Nötigung allein auf neun Monate Gefängnis erkannt. Wegen der übrigen Delikte wurde noch besonders auf drei Monate Gefängnis, in Summe also auf ein Jahr Gefängnis erkannt. Wegen der Höhe der Strafe wurde die sofortige Verhaftung des Verurtheilten angeordnet.

Wenn Arbeitgeber ihre Berufsgenossen nöthigen, an Verabredungen zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen theil zu nehmen, so können sie dabei ungleich besser fortkommen, als wie die Arbeiter, denen stets der § 153 der Gewerbeordnung droht. Nach dieser Richtung hin war eine Verhandlung recht lehrreich, welche vor der dritten Strafkammer am Landgericht II stattfand. Angeklagt waren die Schornsteinfegermeister August Pätz, Karl Sonnenberg und Friedrich Franke. Die drei Angeklagten sitzen in Spandau ihre Gewerbe aus. Dort sind insgesamt sechs Schornsteinfegermeister konfessioniert, von denen die Angeklagten die ältesten und wohlhabendsten sind. Die Zahl der Rekrutierung bestimmt die Behörde, doch stehen die Meister unter sich in Konkurrenz. Um diese zu beseitigen, schlichen sich die Meister in ihren Wohnungen und isolaten Vereinigungen eng zusammen. Die Schornsteinfegermeister haben ihre bestimmte Tage, die von der königlichen Regierung genehmigt wird. Diese Tage dürfen sie nicht überschreiten, darunter können sie gehen, so weit sie wollen. Von 1894 zu 1895 war es nun den Spandauer Schornsteinfegermeistern gelungen, eine höhere Löhne durchzubringen. Nun sollte auch der Preis des Kohrens im allgemeinen höher geschätzt werden. Die Gelegenheit, den ersten Versuch zu machen, bot die von der Verwaltung der Pulverfabrik und des Feuerwerks-Laboratoriums ausgeschriebene engere Submission für das Fegen der Schornsteine in den genannten Anstalten. Zu dieser engeren Submission hatte die Direktion außer den drei Angeklagten auch die Meister Brod und Liebig zugelassen. Es waren dies junge Anfänger, von denen am ehesten niedrige Gebote zu erwarten waren, um erst Rindfleisch zu erhalten. Mit diesen setzten sich die Ange-

klagten in Verbindung. Sie machten denselben klar, daß wenn sie jeder einzeln ein niedriges Gebot abgeben würden, der Preis nicht in die Höhe kommen könne. Franke, der die beiden Anstalten bisher gefegt hatte, sollte dieselben behalten. Dazu sei es aber nöthig, daß sie alle in ihren Geboten an die höchste Grenze der Tage gingen, während Franke etwas zurückbleiben solle; damit würde er der Mindestfordernde werden und als solcher den Zuschlag erhalten. Brod und Liebig sollten dafür entschädigt werden, wenn die Kasernen ihre Submission ausförmlich würden, so daß ein jeder von ihnen auf Verweisung von mindestens 1000 Mark Arbeit würde rechnen können. Die jungen Meister gingen darauf ein, Franke erhielt den Zuschlag, die anderen warteten aber noch heute auf die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechungen. Im Jahre 1897 gelangte nun dieser Vorgang von dritter Seite zur Anzeige. Der § 153 der Gewerbeordnung war hier nicht anwendbar, auch der § 240 des Strafgesetzbuchs, welcher von der Nötigung handelt, verbot, denn beide Paragraphen nehmen auf das Versprechen von Vorteilen nicht, dagegen nur auf Drohungen, Gewaltthätigkeiten, Verurtheilungen etc. Rücksicht. Die Staatsanwaltschaft sah sich daher veranlaßt, auf den § 270 des alten preussischen Strafgesetzbuchs zurückzugreifen, welcher denjenigen mit Strafe bedroht, welcher bei öffentlichen Versteigerungen, Submissionen etc. andere Personen durch Versprechen oder Gewähren von Vorteilen vom Mitbieten abhält. Dieser Paragraph steht zwar nicht im Deutschen Reichs-Strafgesetzbuch, doch besteht er nach einer Entscheidung des Reichsgerichts für Preußen als ein Partikulargesetz noch immer zu Recht. Das Spandauer Schöffengericht war aber der Ansicht, daß es sich hier nur um eine Verabredung zur Erlangung besserer Lohnbedingungen handle und die Angeklagten freizusprechen seien, da § 152 der Gewerbeordnung alle Strafverordnungen und Verbote gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen und Fabrikarbeiter wegen Verabredungen dieser Art aussehe. Der Staatsanwalt legte Verurteilung ein und beantragte je 300 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof war überzeugt, daß hier ein Abhalten vom Bieten unter Versprechen oder Gewähren von Vorteilen vorliege. Wenn auch die abgehaltenen Väter Gebote abgegeben hätten, so waren dies doch nur Scheingebote, abgegeben in dem Bewußtsein, daß Franke doch die Arbeit bekommen werde. § 153 der Gewerbeordnung komme hier gar nicht in Betracht. Die Angeklagten konnten sich verabreden, so viel sie wollten, um höhere Löhne zu erzielen, aber sie durften nicht zu Mitteln greifen, welche strafbar seien. Da aber die Fall sehr milde liege, so sei jeder Angeklagte nur zu 20 W. Geldstrafe verurtheilt worden.

Ein für Theaterkreise sehr interessanter Rechtsstreit beschäftigte in den letzten Tagen die 14. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts I. Direktor Neumann-Hofer hatte gegen die Schauspielerin Louise Dumont mit dem Antrage geklagt, ihr zu verbieten, daß sie vor dem 30. April 1899 an einem anderen Berliner Theater als dem Lessing-Theater aufträte. Dr. Neumann-Hofer (vertreten durch die Rechtsanwältin Kempner und Wimmer) stützte seinen Anspruch auf den Schlußsatz des zwischen Fel. Dumont und Dr. Delar. Wilmuthal geschlossenen Vertrages, in welchem es heißt: „Der Vertrag behält auch dann seine volle Gültigkeit, wenn der unterzeichnete Direktor einen oder mehrere Sozizen nimmt, oder seine Direktion einem Dritten überträgt, der in alle Rechte und Pflichten aus diesem Vertrage tritt.“ Der Kläger behauptete, daß dieser Fall eingetreten sei, da Dr. Wilmuthal ihm seine Direktion übertragen habe und er in alle Rechte und Pflichten Wilmuthal's gegenüber der Beklagten eingetreten sei. In dem Vertrage mit Wilmuthal habe die Beklagte sich verpflichtet, vor dem 30. April 1899 auf keiner anderen Berliner Bühne aufzutreten, als am Lessing-Theater, für welches sie noch auf die Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1899 engagiert sei. Fräulein Louise Dumont (vertreten durch Rechtsanwältin Paul Jonas) hielt den Anspruch des Klägers für unbegründet. Sie bestritt, daß Dr. Wilmuthal im Sinne des Vertrages „seine Direktion“ an Dr. Neumann-Hofer übertragen habe. Letzterer sei der Pächter des Hauses und Dr. Wilmuthal habe mit dem ganzen Unternehmen nichts weiter zu thun, als daß er der Eigentümer des Grundstücks sei, der für seine auf dem Lessing-Theater aufgeführten Stücke, wie jeder fremde Autor, Lautenmen beziehe. Die Vertragsbestimmung habe aber nicht die Bedeutung, daß Dr. Wilmuthal willkürlich irgend einen Dritten in seine Rechte und Pflichten einsetze und sich von seinen Pflichten befreien könnte, sondern sie zielt nur auf diejenigen Fälle, in welchen Dr. Wilmuthal einen Dritten mit „seiner“ Direktion betraute, während das Unternehmen doch das seinige geblieben wäre. Außerdem hielt sich Fel. Dumont zum Mittritt vom Vertrage um deswillen befugt, weil Dr. Neumann-Hofer sowohl in der Presse als auch bei anderen Gelegenheiten sich so abfällig über die künstlerischen Eigenschaften des Fel. Dumont geäußert habe, daß derselben eine Thätigkeit unter seiner Direktion zur Unmöglichkeit gemacht sei. — Das Landgericht hat durch Urtheil vom 27. September die Klage des Dr. Neumann-Hofer abgewiesen und ihm die Kosten des Rechtsstreits auferlegt.

Brügelnder Polyzist. Aus Halle a. S. wird uns vom 20. September berichtet: Der 48-jährige Polizeiergent Vernhard Kind wurde in heutiger Strafkammerung wegen vorläufiger Körperverletzung, begangen im Amte, zu 30 W. Geldstrafe event. drei Tagen Gefängnis verurtheilt. Der Angeklagte hatte den Tagezitter Schores, der ihn von dem Wachtmeister Meyer zur Arrestur übergeben worden, mit einer Knebelkette über den Kopf geschlagen und den Schores außerdem geohrfeigt. Als Entschuldigung für die That führte der Beamte aus, daß Schores ihm empfangen sei und er, der Beamte, am genannten Tage eine ununterbrochene 24-stündige Dienstreife zu bestehen gehabt habe, wodurch er sehr abgemüht gewesen sei.

Wegen Verleumdung der Gattin eines Polizeileutnants hatte sich gestern der Arbeiter Wilhelm Daenelt vor der 130. Abtheilung des Schöffengerichts zu verantworten. Der Angeklagte war eines Tages mit einem Dienstmädchen in der Badstraße in Streit geraten. Es wurde gegenseitig die Sittung verlangt und beide Parteien begaben sich in Begleitung von Zeugen nach der Wache. Als der Angeklagte vernommen war und sich entfernen wollte, traf er auf dem Flur die Ehefrau des Polizeileutnants, welche auf ihren Mann wartete. Er redete sie mit den Worten an: „Fräulein, kommen Sie mit“, und machte sich dadurch einen zweiten Verleumdungsschuldig. Im Termine hielt der Staatsanwalt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und besonders die letztere Verleumdung für strafbar. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von je sechs Monaten, da die Verleumdungen von Frauen, welche jetzt an der Tagesordnung zu sein scheinen, endlich aufgehört müßten. Der Gerichtshof hielt die erste Verleumdung nicht für aufgeklärt und erkannte dieselbe auf Freisprechung, wegen der zweiten Verleumdung wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 200 M. verurtheilt.

Ein Sommer-Heberzieher ist kein der Pfandung entzogener unentbehrliches Kleidungsstück. Also hat die 9. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts kürzlich entschieden. In dem Urtheil heißt es: „Der Schuldner hat die Freigabe des bei ihm gepfändeten Sommer-Heberziehers beantragt. Der Antrag ist durch den angefochtenen Befehl zurückgewiesen worden. Die dagegen eingelegte Beschwerde ist nicht begründet. Der Vorderrichter nimmt mit Recht an, daß ein Sommer-Heberzieher an sich als ein unentbehrliches Kleidungsstück nicht anzusehen ist. Es ist deshalb auch unerheblich, ob der Schuldner sich an dieses Kleidungsstück gewöhnt hat, und es kommt bei der Prüfung der Entbehrlichkeit eines Kleidungsstückes auch nicht darauf an, welchem der Stände der Schuldner angehört oder welchen Beruf er ausübt. Anspruch auf anständige Kleidung haben nur die im § 715 Nr. 6 der Zivilprozessordnung bezeichneten Personen (Offiziere, Beamte, Geistliche, Lehrer, Notare, Rechtsanwälte, Aerzte), zu welchen der Schuldner nicht gehört.“

Die Frage, ob die Wohnung des Kriegsministers grundfeuerpflichtig sei, beschäftigte den Berliner Bezirksausschuß. Der Magistrat von Berlin hatte den Reichs-Militär-Ausschuß zur Gemeinde-Grundsteuer herangezogen und dabei auch die Dienstwohnung des Kriegsministers im Gebäude des Kriegsministeriums der Steuer unterworfen; den Anrufungsverth der Wohnung schätzte

der Magistrat auf 25 700 Mark. Der Reichs-Militär-Ausschuß verlegte darauf den Magistrat beim Bezirksausschuß und verlangte, daß er von der Grundsteuer freigestellt werde, soweit die Wohnung des Kriegsministers in Frage komme. Die betreffenden Mäxime seien nicht mit der Steuer zu belasten, da es sich um die Dienstwohnung eines Offiziers handle, die ihm überwiesen sei, weil die ordnungsmäßige Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben keine feste Anwesenheit im Dienstgebäude erfordere. Der Magistrat entgegnete, daß der Kriegsminister als Kriegsminister nicht Offizier, sondern Beamter sei und daß § 24 des Kommunal-Abgabengesetzes die Dienstwohnungen der Beamten der Gemeindesteuer vom Grundbesitz unterwerfe. Der Bezirksausschuß wies die Klage des Militär-Ausschuß ab, indem er annahm, daß die Dienstwohnung des Kriegsministers nicht als Dienstwohnung eines Offiziers anzusehen sei. Als königlich preussischer Staatsminister sei der Kriegsminister Beamter und er habe als solcher die Wohnung überwiesen erhalten. Es sei gleichgültig, daß er zugleich aktiver Offizier sei.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

N. G. 14. Die erbrechtlichen Bestimmungen sind in den verschiedenen Theilen Preußens sehr verschieden. Sprechen Sie zur Klärung Ihres Falles in der Sprechstunde vor, oder legen Sie dar, wo der Erbfall sich ereignet hat. — **B. Stargarder.** Ja, es ergeht beim Verfall zum Erbtheil. — **N. S. 51.** Sie müssen am 1. Oktober räumen. — **N. S. 51.** Wenn Ihre überreichliche Staatsangehörigkeit nicht ausdrücklich aufgehoben ist, Sie als aus dem überreichlichen Staatsverband nicht ausdrücklich entlassen sind, sind Sie auch weiterhin gebunden und haben dort Ihre Militärpflicht zu erfüllen. — **Triffur. 40. 2.** Sie sind berechtigt, die Herausgabe zu verlangen. — **N. S. 1.** Sie müssen schleunigst auf Freigabe des Sogdals als Beth Ihres Kindes beim Amtsgericht klagen. 2. Er kann zur Freigabe gezwungen werden. — **Metallarbeiter Charl.** Strafanzüge erhalten kann jeder. Ob in dem zur Nachtricht vorgenommenen Einzahlungen von Spiegeln ruhender Karm erfüllt werden kann, hängt von der Sachlage des Einzel Falles ab. Die Frage ist im allgemeinen zu bejahen. — **G. N., Nixdorf.** Beacht Sie jemand, dem Sie nichts schulden, mit der Aufforderung, zu zahlen, so sieht Ihnen frei, ihm die Thüre zu weisen und die Klage wegen der angebliebenen Forderung abzuwarten. — **S. S. 15.** Aus Ihrer Anfrage ergibt sich nicht, welche Beschäftigung Sie in dem Geschäft haben. Legen Sie das in der Sprechstunde dar. — **Regir. 1.** Veränderung liegt nicht vor. 2. Gemeinlich. — **G. 2. Rein.** — **H. Friedrichshagen.** Die für Berlin erlassene Polizei-Verordnung, betreffend Räumung von Wohnräumen, gilt nur für Berlin. Welche Räumungsbestimmungen dort gelten, erfahren Sie bei der Polizeibehörde; eine Sammlung der diesbezüglich erlassenen Polizei-Verordnungen besteht leider nicht. — **G. G. Ja.** — **Streitende.** 1. Ja, das Gegenstück wäre zu starker Tadel. 2. Darum hat sich die Vollstreckung gar nicht zu kümmern. — **S. S. 99.** Falls diese schuldige Räumung vereinbart ist, ist die Räumung rechtzeitig erfolgt. Ist solche Vereinbarung nicht getroffen, so mußte spätestens am 15. August gekündigt sein. — **S. S. V. S. J., Schöneberg.** Rein. — **G. S. 65.** Ein Hinderniß für die Heirat besteht nach Ihrer Darstellung nicht. — **G. J.** Den ganzen Tag hindurch kann die Kündigung erklärt werden. — **Leiste 22.** Bis am 15. kann zum ersten eine mündliche Studie gekündigt werden, nicht umgekehrt, bis am ersten zum 15. — **S. S. 50. S. 58.** Rein. — **G. S. 10a. Moabit.** Warten Sie ruhig die Klage ab. — **Mag. N.** Sie müssen den Termin wahrnehmen oder wahrnehmen lassen. Schriftliche Darlegungen gelten nicht. — **C. N., Nixdorf.** 1. Leider in erster Linie der Arbeitnehmer. 2. Darüber bestehen keine allgemeinen Vorschriften.

Witterungsbericht vom 27. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Temperatur in C. u. F.
Swinebnde	764	SW	10/10 bed.	10/50	Saparanda	761	RO	4bed.	4
Hamburg	763	SO	10/10 bed.	10/50	Berlin	763	RO	10/10 bed.	13
Berlin	765	SO	10/10 bed.	10/50	Wiesbaden	761	SO	10/10 bed.	10
Wiesbaden	761	SO	10/10 bed.	10/50	München	762	SO	10/10 bed.	6
München	762	SO	10/10 bed.	10/50	Wien	764	SO	10/10 bed.	6
Wien	764	SO	10/10 bed.	10/50					

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. September 1898. Bientlich kühl bei mäßigen östlichen Winden und zunehmender Bewölkung; keine oder unbedeutliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Mittwoch, den 28. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bickel, Hasenhaide 52/53: **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie und die jüngsten politischen Ereignisse. Referent: Genosse Dr. Weyl. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder. 208/17. Zahlreiches Besuch nicht entgegen. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Mittwoch, den 28. Sept., abends 8 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstraße Nr. 18c.: **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Die Sozialdemokratie, ihre Leiden, Kämpfe und ihre Erfolge. Referent: Reichstags-Abg. Fritz Zubell. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder. Regen Besuch erwartet. 240/20. **Der Vorstand.**

Achtung! Töpfer. Achtung! Mittwoch, den 28. September, abends 6 Uhr, im Englischen Garten (oberer Zaun), Alexanderstraße 27c.: **Oeffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend.** Tagesordnung: 1. Die Situation in unserem Gewerbe. 2. Die Vorgänge in Rönigsberg. 3. Gewerkschaftliches. 193/11. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. **Der Vertrauensmann: H. David.**

Achtung! Tapezierer. Achtung! Donnerstag, 29. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminiahallen Kommandantenstr. 20: **Oeffentliche Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Die Mahregelung unserer Kollegen und die sonstigen Zustände bei der Firma A. Wertheim. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Die Agitationskommission.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins u. Umgegend. Mittwoch, 28. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Cranienhallen, Cranienstr. 51: **Delegirten-Versammlung.** Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstätte einen Delegirten zu senden. Den Kollegen zur Nachtricht, daß der Arbeitsnachweis sich nach wie vor in der Rauhstr. 78 des Herrn Heitrich befindet und die Adress-Ausgabe abends von 8 bis 10 1/2 Uhr, Sonntags von 10 bis 11 1/2 Uhr, stattfindet. **Der Vorstand.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 28. September:
Cyperhaus. Die Walfire. Anfang 8 Uhr.
Schauspielhaus. Das Mädchen von Deulbrunn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr.
Veitling. Großmama. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner. Jaja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Holzknecht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiden. Eugen Onegin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiden. Frühlingsschwende. Aerauf: Eiferhüt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Geizige. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Apollo. Unser lustiges Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Salle. Alliance. Rapolson oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr.
Chend. Schlutz sel. Wwe. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Die beiden Waisen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi Monde. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tagend. Anfang 8 Uhr.
Luifen. Jodo's Streiche. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntheater.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichsbalken. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.
Passage-Panopticum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Theatre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Neues September-Programm.
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Mittwoch:
Der Geizige.
Donnerstag:
Die Haubenlerche.
Freitag zum 1. Male:
Mauerblümchen.
Sonnabend:
Mauerblümchen.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55-57.
Direktor: Rich. Schultz.
Novität. Zum 26. Male: Novität.
Das Paradies der Frauen.
Im 2. Bilde: Die Woden des Jahrs.
Am 5. Bilde: Eva's Vermächtnis.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Morgen u. folgende Tage:
Das Paradies der Frauen.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theater-Geschichte.
Operette in 3 Akten von Owen Hall.
Musik von Sidney Jones. Deutsch von G. R. Köber und Julius Freund.
In Szene gesetzt von J. Ferenczy.
Dirig. Hr. Kapellmeister G. Goldmann.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die Geisha.
Sonntag Nachmittags zu bedeutend ermäßigten Preisen: Die Geisha.
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Luifen-Theater
34. Reichendergerstraße 34.
Heute, Mittwoch, zum 1. Male:
Jocko's Streiche
Englische Barbede in 3 Akten von W. Sallis.
Jodo: Paul Herbig
vom Stadttheater in Nürnberg als Gast.
Mit größtem Lacherfolge aufgeführt am Volks-Theater in München und Apollo-Theater in Nürnberg.
Jocko's Streiche hat dort selbst den Riesenerfolg von „Charley's Tante“ bei weitem übertroffen.
Witterverkauf für die ganze Woche an der Theaterkasse.
Alle folgenden Abende 8 Uhr:
Jocko's Streiche

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluss:
Der liebe Onkel.
In 4 Akten von Rudolph Kneifel.
Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende
Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtschraße 30, Hof II - 80.: Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Roabit): Karl Anders, Salzweberstraße 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstraße 14. - Gesundbrunnen: Wilhelm Gasmann, Grünthalstraße 64/66. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Carl Mars, Rastanien-Allee 96/98. - Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Schillerstr. 94, v. 1. Treppe. - Deutsch-Wilmersdorf: Frau Süßler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Feiung“ zu erhalten.) - Rixdorf: Ockermann, Gräberstraße 4. - Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Belgierstr. 59, Seitenflügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide: Otto Jahn, Ober-Schöneweide, Sternstraße 7, Nigarrenschicht. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Nigarrenschicht. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. - Friedenau-Steglitz: D. Bernice, Rindstraße 15 in Friedmann. Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Duppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Kormstraße 10a. - Baumschulenweg: Godel, Baumschulstr. 32 v. III. Außerdem ist sämtliche Varieteliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 118.
Emelina Ethardo, Henry Taylor.
Consuelo Tortajada
The Missouri, Harsleb u. Cordolly.
Jean Clermont.
Les Minstrels Parisiens.
Comtesse Ferrucci, The Cardowales.
Otto Reutter
Ducreux-Giraldue u. s. w.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

„Künstlerhaus“
Berlin W., Bellevuestr. 3
(Berein Berliner Künstler)
Permanente Kunstausstellung.
Gröfnung am 15. Oktober d. J.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!
Kunst-Schaubühne
in der „Urania“, Invalidenstr. 57.
Im Wanderlande der Pyramiden.
8 Uhr. Parquet 1.-

Olympia-Theater
(Circus Reaz) Karlstrasse.
Heute u. folgende Tage:
Mene Tekel
Sylvesters-Phantastie m. Gesang u. gr. Ballets in 3 Akten (11 Bld.)
Anfang 8 Uhr.

Mähr's Theater
Cranienstr. 21.
Täglich:
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Charley's Tante.
Burleske.
The Onras, Gymnastiker, Miss Alice, Taubensicht.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Bend haben Wochentags Gültigkeit.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble
Zum Schluss:
Der liebe Onkel.
In 4 Akten von Rudolph Kneifel.
Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende
Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtschraße 30, Hof II - 80.: Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Roabit): Karl Anders, Salzweberstraße 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstraße 14. - Gesundbrunnen: Wilhelm Gasmann, Grünthalstraße 64/66. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Carl Mars, Rastanien-Allee 96/98. - Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Schillerstr. 94, v. 1. Treppe. - Deutsch-Wilmersdorf: Frau Süßler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Feiung“ zu erhalten.) - Rixdorf: Ockermann, Gräberstraße 4. - Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Belgierstr. 59, Seitenflügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide: Otto Jahn, Ober-Schöneweide, Sternstraße 7, Nigarrenschicht. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Nigarrenschicht. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. - Friedenau-Steglitz: D. Bernice, Rindstraße 15 in Friedmann. Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Duppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Kormstraße 10a. - Baumschulenweg: Godel, Baumschulstr. 32 v. III. Außerdem ist sämtliche Varieteliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Max Kliem's Theater.
Hasenhaide Nr. 14-15.
Täglich im Theater-Saal:
Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr.

Circus Busch
Mittwoch, 28. September 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Reiter-Gala-Vorstellung
Auftreten des Herrn Franz Gebhardt,
Ritter v. v., bisheriger langjähriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien.
Aufzug sämtlicher Reiter-typen in prächtigster Ausstattung.
Zusammenkunft der Blumen-gr. Ballet-Divertissement (150 Damen).
Zum 1. Male: Großes Reiterinnen-Potpourri angef. von 8 besten Reiterinnen der Gesellschaft. Zum 1. Mal: Flieg. Gruppen-Akt von Alfred Leon. Zum 1. Male: Direktor Busch mit seinen 12 Kunstbengeln. Zum 1. Male: Wiger-König Alfred Daniels als Circus-Direktor.
Morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Neu! Neu!
Fred Edlawi.
Erster deutscher Original-Bild-Berwandlung-Schauspieler mit seiner Sensationskomödie Eine Minute zu spät.
Sechs Personen dargestellt von Edlawi.
Neu! Nusch Melitta, Neu! Sport-Soubrette in ihrem eleganten Pann-Geheim.
Neu! Ballen, Kaskadistop-konzert. - Ferner: Carola Caria, Prima-Ballerina. - Helene Voss. - Max u. Ernst Wardiel. - Molly Verch. - Barsikow Truppe. - Welser Trio. - Carré und Banola.
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr.
Entree 50 Pf.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Novität! Täglich: Novität!
Isabella.
Romische Oper von Franz von Supp.
Novität! Novität! Novität!
Aberdem der reizende Schwanz: Neu!
Die Huentbrüchige.
Koschaler Vacherfol!
Gesamtauftritt des durchweg neu engagierten Schauspiel- u. Spezialitäten-Perionals.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonnntags 6 Uhr.
Bend haben an allen Wochentagen Gültigkeit. - Direktion: A. Kollg. Verantwortl. Leiter: A. Runge.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Novität! Täglich: Novität!
Das verschleierte Ballet
Operetten-Barbede von Str.
Musik von Rott. In Szene gesetzt von Otto Wendi.
Neu! Vorher: Neu!
Schach und Matt.
Schwanz in 1 Akt
von Carl's Buchow.
Gesamtauftritt des durchweg neu engagierten Künstler- und Spezialitäten-Perionals.
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonnntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.
Borgunbilligkeit haben Gültigkeit.

Max Kliem's Theater.
Hasenhaide Nr. 14-15.
Täglich im Theater-Saal:
Vorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 5 1/2 Uhr.

Circus Busch
Mittwoch, 28. September 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Reiter-Gala-Vorstellung
Auftreten des Herrn Franz Gebhardt,
Ritter v. v., bisheriger langjähriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien.
Aufzug sämtlicher Reiter-typen in prächtigster Ausstattung.
Zusammenkunft der Blumen-gr. Ballet-Divertissement (150 Damen).
Zum 1. Male: Großes Reiterinnen-Potpourri angef. von 8 besten Reiterinnen der Gesellschaft. Zum 1. Mal: Flieg. Gruppen-Akt von Alfred Leon. Zum 1. Male: Direktor Busch mit seinen 12 Kunstbengeln. Zum 1. Male: Wiger-König Alfred Daniels als Circus-Direktor.
Morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.

**Beim Quartalswechsel empfehlen sich folgende
Partei-Expeditionen:**
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtschraße 30, Hof II - 80.: Fritz Thiel, Stallgerstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Roabit): Karl Anders, Salzweberstraße 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstraße 14. - Gesundbrunnen: Wilhelm Gasmann, Grünthalstraße 64/66. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Carl Mars, Rastanien-Allee 96/98. - Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Schillerstr. 94, v. 1. Treppe. - Deutsch-Wilmersdorf: Frau Süßler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Feiung“ zu erhalten.) - Rixdorf: Ockermann, Gräberstraße 4. - Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Belgierstr. 59, Seitenflügel part. - Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide: Otto Jahn, Ober-Schöneweide, Sternstraße 7, Nigarrenschicht. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Nigarrenschicht. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. - Friedenau-Steglitz: D. Bernice, Rindstraße 15 in Friedmann. Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Duppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Kormstraße 10a. - Baumschulenweg: Godel, Baumschulstr. 32 v. III. Außerdem ist sämtliche Varieteliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegen genommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Frauen und Mädchen Schönebergs.
Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr,
im Saale des Klubhauses, Hauptstraße Nr. 5-6:
Volks-Versammlung
für Frauen und Männer.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Fräulein Ida Altmann über: Leben oder Tod? Wissen oder Wahn? 2. Diskussion. 4. Stellungnahme zur Gründung eines Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Schöneberg und Umgebung.
Die Vertrauensperson.

Bekanntmachung.
Gemäß § 14 Absatz 4 des beseitigten Statuts wird hierdurch nachstehendes Verzeichnis der am 20. Dezember 1897 und 22. Juni 1898 stattgehabten Nachwahlen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1898 bestellten Vertrauensmänner und Erfahrmänner der unterzeichneten Bezirksvereine zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
I. Arbeitgeber. Erfahrmänner:
1) Berlin, Alt-Röhm, Friedrichswerder, Dorotheenhof. (Stadt-Bez. 1-14.)
2. Spengemann, E. Uhrmacher, Dorotheenhofstr. Nr. 60.
2) Friedrichshof. (Stadt-Bez. 15-30.)
2. Stadl, Paul, Kaufmann, Jägerstr. Nr. 12.
3) Untere Friedrichshof, Schöneberger, Vorstadt. (Stadt-Bez. 31-49.)
2. Karge, Richard, Gohs, Potsd. 2. Lucas, Ferd. Tischlermeister, Baumstr. 128.
3. Lindner, Richard, Schandwirth, 3. Barga, Gustav, Tischlermeister, Steinmetzstr. 72.
4) Obere Friedrichshof, Tempelhofer Vorstadt. (Stadt-Bez. 50-78.)
2. Kärstner, Karl, Weinstr. 2. Scherf, Janas, Zeitungsdirektor, Bismarckplatz 2.
3. Bading, Max, Buchdrucker, desiger, Waterloo-Ufer 13, I.
5) Luisenstadt, jenseits des Kanals, westlich: dieselbe, jenseits des Kanals, östlich. (Stadt-Bez. 79-113.)
2. Kiedhoff, H. Malermeister, Engelstr. 2a.
3. Talsdorf, Ludwig, Destillat., Göttingerstr. 58.
6) Luisenstadt, diesseits des Kanals, Neu-Röhm. (Stadt-Bez. 114-144.)
2. Bock, Hans, Buchhändler, Dresdenerstr. 62/63, part.
7) Stralauer Viertel. (Stadt-Bez. 145-181.)
3. Vogel, A. Oekonom, Friedrichstr. 172.
4. Wille, Friedrich, Gastwirth, Hindenburgstr. 20.
8) Köniigs-Viertel. (Stadt-Bez. 182-201.)
2. Richter, Wolk, Bäckermeister, Franziskaner Allee 81.
3. Hülsebeck, O. Tischlermeister. 3. Feind, W., Gastwirth, Weinstr. 11. Reineckerstr. 48a, II.
9) Spandauer Viertel. (Stadt-Bez. 202-217.)
1. Jacoby, Heinrich, Kaufmann, Heiligegeiststr. 21.
2. Toppich, Bernhard, Kaufmann, Spandauerstr. 58.
10) Rosenthaler Vorstadt. (Stadt-Bez. 218-254.)
2. Gentsen, Carl, Kaufm., Lothringenstr. 53.
3. Berliner, Erich, Brauereibes., Brunnenstr. 16.
4. Gröndel, W. Gastw., Brunnenstr. 18a.
5. Köhler, W., Rentier, Gutfienstr. 73.
11) Cranienburger Vorstadt. (Stadt-Bez. 255-278.)
2. Braunert, Karl, Malermeister, Schaulerstr. 10/11.
3. Schwerner, D., Ingenieur, 3. Gutermund, Rob. S. Kupferwaarenfabrikant, Schaulerstr. 9a.
12) Friedrich-Wilhelmshof, Thiergarten, Roabit. (Stadt-Bez. 279-304.)
1. Jahn, Franz, Kaufmann, Sigismundstr. 3.

Bekanntmachung.
Gemäß § 14 Absatz 4 des beseitigten Statuts wird hierdurch nachstehendes Verzeichnis der am 20. Dezember 1897 und 22. Juni 1898 stattgehabten Nachwahlen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1898 bestellten Vertrauensmänner und Erfahrmänner der unterzeichneten Bezirksvereine zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
I. Arbeitgeber. Erfahrmänner:
1) Berlin, Alt-Röhm, Friedrichswerder, Dorotheenhof. (Stadt-Bez. 1-14.)
2. Spengemann, E. Uhrmacher, Dorotheenhofstr. Nr. 60.
2) Friedrichshof. (Stadt-Bez. 15-30.)
2. Stadl, Paul, Kaufmann, Jägerstr. Nr. 12.
3) Untere Friedrichshof, Schöneberger, Vorstadt. (Stadt-Bez. 31-49.)
2. Karge, Richard, Gohs, Potsd. 2. Lucas, Ferd. Tischlermeister, Baumstr. 128.
3. Lindner, Richard, Schandwirth, 3. Barga, Gustav, Tischlermeister, Steinmetzstr. 72.
4) Obere Friedrichshof, Tempelhofer Vorstadt. (Stadt-Bez. 50-78.)
2. Kärstner, Karl, Weinstr. 2. Scherf, Janas, Zeitungsdirektor, Bismarckplatz 2.
3. Bading, Max, Buchdrucker, desiger, Waterloo-Ufer 13, I.
5) Luisenstadt, jenseits des Kanals, westlich: dieselbe, jenseits des Kanals, östlich. (Stadt-Bez. 79-113.)
2. Kiedhoff, H. Malermeister, Engelstr. 2a.
3. Talsdorf, Ludwig, Destillat., Göttingerstr. 58.
6) Luisenstadt, diesseits des Kanals, Neu-Röhm. (Stadt-Bez. 114-144.)
2. Bock, Hans, Buchhändler, Dresdenerstr. 62/63, part.
7) Stralauer Viertel. (Stadt-Bez. 145-181.)
3. Vogel, A. Oekonom, Friedrichstr. 172.
4. Wille, Friedrich, Gastwirth, Hindenburgstr. 20.
8) Köniigs-Viertel. (Stadt-Bez. 182-201.)
2. Richter, Wolk, Bäckermeister, Franziskaner Allee 81.
3. Hülsebeck, O. Tischlermeister. 3. Feind, W., Gastwirth, Weinstr. 11. Reineckerstr. 48a, II.
9) Spandauer Viertel. (Stadt-Bez. 202-217.)
1. Jacoby, Heinrich, Kaufmann, Heiligegeiststr. 21.
2. Toppich, Bernhard, Kaufmann, Spandauerstr. 58.
10) Rosenthaler Vorstadt. (Stadt-Bez. 218-254.)
2. Gentsen, Carl, Kaufm., Lothringenstr. 53.
3. Berliner, Erich, Brauereibes., Brunnenstr. 16.
4. Gröndel, W. Gastw., Brunnenstr. 18a.
5. Köhler, W., Rentier, Gutfienstr. 73.
11) Cranienburger Vorstadt. (Stadt-Bez. 255-278.)
2. Braunert, Karl, Malermeister, Schaulerstr. 10/11.
3. Schwerner, D., Ingenieur, 3. Gutermund, Rob. S. Kupferwaarenfabrikant, Schaulerstr. 9a.
12) Friedrich-Wilhelmshof, Thiergarten, Roabit. (Stadt-Bez. 279-304.)
1. Jahn, Franz, Kaufmann, Sigismundstr. 3.

Bekanntmachung.
Gemäß § 14 Absatz 4 des beseitigten Statuts wird hierdurch nachstehendes Verzeichnis der am 20. Dezember 1897 und 22. Juni 1898 stattgehabten Nachwahlen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1898 bestellten Vertrauensmänner und Erfahrmänner der unterzeichneten Bezirksvereine zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
I. Arbeitgeber. Erfahrmänner:
1) Berlin, Alt-Röhm, Friedrichswerder, Dorotheenhof. (Stadt-Bez. 1-14.)
2. Spengemann, E. Uhrmacher, Dorotheenhofstr. Nr. 60.
2) Friedrichshof. (Stadt-Bez. 15-30.)
2. Stadl, Paul, Kaufmann, Jägerstr. Nr. 12.
3) Untere Friedrichshof, Schöneberger, Vorstadt. (Stadt-Bez. 31-49.)
2. Karge, Richard, Gohs, Potsd. 2. Lucas, Ferd. Tischlermeister, Baumstr. 128.
3. Lindner, Richard, Schandwirth, 3. Barga, Gustav, Tischlermeister, Steinmetzstr. 72.
4) Obere Friedrichshof, Tempelhofer Vorstadt. (Stadt-Bez. 50-78.)
2. Kärstner, Karl, Weinstr. 2. Scherf, Janas, Zeitungsdirektor, Bismarckplatz 2.
3. Bading, Max, Buchdrucker, desiger, Waterloo-Ufer 13, I.
5) Luisenstadt, jenseits des Kanals, westlich: dieselbe, jenseits des Kanals, östlich. (Stadt-Bez. 79-113.)
2. Kiedhoff, H. Malermeister, Engelstr. 2a.
3. Talsdorf, Ludwig, Destillat., Göttingerstr. 58.
6) Luisenstadt, diesseits des Kanals, Neu-Röhm. (Stadt-Bez. 114-144.)
2. Bock, Hans, Buchhändler, Dresdenerstr. 62/63, part.
7) Stralauer Viertel. (Stadt-Bez. 145-181.)
3. Vogel, A. Oekonom, Friedrichstr. 172.
4. Wille, Friedrich, Gastwirth, Hindenburgstr. 20.
8) Köniigs-Viertel. (Stadt-Bez. 182-201.)
2. Richter, Wolk, Bäckermeister, Franziskaner Allee 81.
3. Hülsebeck, O. Tischlermeister. 3. Feind, W., Gastwirth, Weinstr. 11. Reineckerstr. 48a, II.
9) Spandauer Viertel. (Stadt-Bez. 202-217.)
1. Jacoby, Heinrich, Kaufmann, Heiligegeiststr. 21.
2. Toppich, Bernhard, Kaufmann, Spandauerstr. 58.
10) Rosenthaler Vorstadt. (Stadt-Bez. 218-254.)
2. Gentsen, Carl, Kaufm., Lothringenstr. 53.
3. Berliner, Erich, Brauereibes., Brunnenstr. 16.
4. Gröndel, W. Gastw., Brunnenstr. 18a.
5. Köhler, W., Rentier, Gutfienstr. 73.
11) Cranienburger Vorstadt. (Stadt-Bez. 255-278.)
2. Braunert, Karl, Malermeister, Schaulerstr. 10/11.
3. Schwerner, D., Ingenieur, 3. Gutermund, Rob. S. Kupferwaarenfabrikant, Schaulerstr. 9a.
12) Friedrich-Wilhelmshof, Thiergarten, Roabit. (Stadt-Bez. 279-304.)
1. Jahn, Franz, Kaufmann, Sigismundstr. 3.

Bekanntmachung.
Gemäß § 14 Absatz 4 des beseitigten Statuts wird hierdurch nachstehendes Verzeichnis der am 20. Dezember 1897 und 22. Juni 1898 stattgehabten Nachwahlen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1898 bestellten Vertrauensmänner und Erfahrmänner der unterzeichneten Bezirksvereine zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
I. Arbeitgeber. Erfahrmänner:
1) Berlin, Alt-Röhm, Friedrichswerder, Dorotheenhof. (Stadt-Bez. 1-14.)
2. Spengemann, E. Uhrmacher, Dorotheenhofstr. Nr. 60.
2) Friedrichshof. (Stadt-Bez. 15-30.)
2. Stadl, Paul, Kaufmann, Jägerstr. Nr. 12.
3) Untere Friedrichshof, Schöneberger, Vorstadt. (Stadt-Bez. 31-49.)
2. Karge, Richard, Gohs, Potsd. 2. Lucas, Ferd. Tischlermeister, Baumstr. 128.
3. Lindner, Richard, Schandwirth, 3. Barga, Gustav, Tischlermeister, Steinmetzstr. 72.
4) Obere Friedrichshof, Tempelhofer Vorstadt. (Stadt-Bez. 50-78.)
2. Kärstner, Karl, Weinstr. 2. Scherf, Janas, Zeitungsdirektor, Bismarckplatz 2.
3. Bading, Max, Buchdrucker, desiger, Waterloo-Ufer 13, I.
5) Luisenstadt, jenseits des Kanals, westlich: dieselbe, jenseits des Kanals, östlich. (Stadt-Bez. 79-113.)
2. Kiedhoff, H. Malermeister, Engelstr. 2a.
3. Talsdorf, Ludwig, Destillat., Göttingerstr. 58.
6) Luisenstadt, diesseits des Kanals, Neu-Röhm. (Stadt-Bez. 114-144.)
2. Bock, Hans, Buchhändler, Dresdenerstr. 62/63, part.
7) Stralauer Viertel. (Stadt-Bez. 145-181.)
3. Vogel, A. Oekonom, Friedrichstr. 172.
4. Wille, Friedrich, Gastwirth, Hindenburgstr. 20.
8) Köniigs-Viertel. (Stadt-Bez. 182-201.)
2. Richter, Wolk, Bäckermeister, Franziskaner Allee 81.
3. Hülsebeck, O. Tischlermeister. 3. Feind, W., Gastwirth, Weinstr. 11. Reineckerstr. 48a, II.
9) Spandauer Viertel. (Stadt-Bez. 202-217.)
1. Jacoby, Heinrich, Kaufmann, Heiligegeiststr. 21.
2. Toppich, Bernhard, Kaufmann, Spandauerstr. 58.
10) Rosenthaler Vorstadt. (Stadt-Bez. 218-254.)
2. Gentsen, Carl, Kaufm., Lothringenstr. 53.
3. Berliner, Erich, Brauereibes., Brunnenstr. 16.
4. Gröndel, W. Gastw., Brunnenstr. 18a.
5. Köhler, W., Rentier, Gutfienstr. 73.
11) Cranienburger Vorstadt. (Stadt-Bez. 255-278.)
2. Braunert, Karl, Malermeister, Schaulerstr. 10/11.
3. Schwerner, D., Ingenieur, 3. Gutermund, Rob. S. Kupferwaarenfabrikant, Schaulerstr. 9a.
12) Friedrich-Wilhelmshof, Thiergarten, Roabit. (Stadt-Bez. 279-304.)
1. Jahn, Franz, Kaufmann, Sigismundstr. 3.

Bekanntmachung.
Gemäß § 14 Absatz 4 des beseitigten Statuts wird hierdurch nachstehendes Verzeichnis der am 20. Dezember 1897 und 22. Juni 1898 stattgehabten Nachwahlen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1898 bestellten Vertrauensmänner und Erfahrmänner der unterzeichneten Bezirksvereine zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
I. Arbeitgeber. Erfahrmänner:
1) Berlin, Alt-Röhm, Friedrichswerder, Dorotheenhof. (Stadt-Bez. 1-14.)
2. Spengemann, E. Uhrmacher, Dorotheenhofstr. Nr. 60.
2) Friedrichshof. (Stadt-Bez. 15-30.)
2. Stadl, Paul, Kaufmann, Jägerstr. Nr. 12.
3) Untere Friedrichshof, Schöneberger, Vorstadt. (Stadt-Bez. 31-49.)
2. Karge, Richard, Gohs, Potsd. 2. Lucas, Ferd. Tischlermeister, Baumstr. 128.
3. Lindner, Richard, Schandwirth, 3. Barga, Gustav, Tischlermeister, Steinmetzstr. 72.
4) Obere Friedrichshof, Tempelhofer Vorstadt. (Stadt-Bez. 50-78.)
2. Kärstner, Karl, Weinstr. 2. Scherf, Janas, Zeitungsdirektor, Bismarckplatz 2.
3. Bading, Max, Buchdrucker, desiger, Waterloo-Ufer 13, I.
5) Luisenstadt, jenseits des Kanals, westlich: dieselbe, jenseits des Kanals, östlich. (Stadt-Bez. 79-113.)
2. Kiedhoff, H. Malermeister, Engelstr. 2a.
3. Talsdorf, Ludwig, Destillat., Göttingerstr. 58.
6) Luisenstadt, diesseits des Kanals, Neu-Röhm. (Stadt-Bez. 114-144.)
2. Bock, Hans, Buchhändler, Dresdenerstr. 62/63, part.
7) Stralauer Viertel. (Stadt-Bez. 145-181.)
3. Vogel, A. Oekonom, Friedrichstr. 172.
4. Wille, Friedrich, Gastwirth, Hindenburgstr. 20.
8) Köniigs-Viertel. (Stadt-Bez. 182-201.)
2. Richter, Wolk, Bäckermeister, Franziskaner Allee 81.
3. Hülsebeck, O. Tischlermeister. 3. Feind, W., Gastwirth, Weinstr. 11. Reineckerstr. 48a, II.
9) Spandauer Viertel. (Stadt-Bez. 202-217.)
1. Jacoby, Heinrich, Kaufmann, Heiligegeiststr. 21.
2. Toppich, Bernhard, Kaufmann, Spandauerstr. 58.
10) Rosenthaler Vorstadt. (Stadt-Bez. 218-254.)
2. Gentsen, Carl, Kaufm., Lothringenstr. 53.
3. Berliner, Erich, Brauereibes., Brunnenstr. 16.
4. Gröndel, W. Gastw., Brunnenstr. 18a.
5. Köhler, W., Rentier, Gutfienstr. 73.
11) Cranienburger Vorstadt. (Stadt-Bez. 255-278.)
2. Braunert, Karl, Malermeister, Schaulerstr. 10/11.
3. Schwerner, D., Ingenieur, 3. Gutermund, Rob. S. Kupferwaarenfabrikant, Schaulerstr. 9a.
12) Friedrich-Wilhelmshof, Thiergarten, Roabit. (Stadt-Bez. 279-304.)
1. Jahn, Franz, Kaufmann, Sigismundstr. 3.

Bekanntmachung.
Gemäß § 14 Absatz 4 des beseitigten Statuts wird hierdurch nachstehendes Verzeichnis der am 20. Dezember 1897 und 22. Juni 1898 stattgehabten Nachwahlen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1898 bestellten Vertrauensmänner und Erfahrmänner der unterzeichneten Bezirksvereine zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
I. Arbeitgeber. Erfahrmänner:
1) Berlin, Alt-Röhm, Friedrichswerder, Dorotheenhof. (Stadt-Bez. 1-14.)
2. Spengemann, E. Uhrmacher, Dorotheenhofstr. Nr. 60.
2) Friedrichshof. (Stadt-Bez. 15-30.)
2. Stadl, Paul, Kaufmann, Jägerstr. Nr. 12.
3) Untere Friedrichshof, Schöneberger, Vorstadt. (Stadt-Bez. 31-49.)
2. Karge, Richard, Gohs, Potsd. 2. Lucas, Ferd. Tischlermeister, Baumstr. 128.
3. Lindner, Richard, Schandwirth, 3. Barga, Gustav, Tischlermeister, Steinmetzstr. 72.
4) Obere Friedrichshof, Tempelhofer Vorstadt. (Stadt-Bez. 50-78.)
2. Kärstner, Karl, Weinstr. 2. Scherf, Janas, Zeitungsdirektor, Bismarckplatz 2.
3. Bading, Max, Buchdrucker, desiger, Waterloo-Ufer 13, I.
5) Luisenstadt, jenseits des Kanals, westlich: dieselbe, jenseits des Kanals, östlich. (Stadt-Bez. 79-113.)
2. Kiedhoff, H. Malermeister, Engelstr. 2a.
3. Talsdorf, Ludwig, Destillat., Göttingerstr. 58.
6) Luisenstadt, diesseits des Kanals, Neu-Röhm. (Stadt-Bez. 114-144.)
2. Bock, Hans, Buchhändler, Dresdenerstr. 62/63, part.
7) Stralauer Viertel. (Stadt-Bez. 145-181.)
3. Vogel, A. Oekonom, Friedrichstr. 172.
4. Wille, Friedrich, Gastwirth, Hindenburgstr. 20.
8) Köniigs-Viertel. (Stadt-Bez. 182-201.)
2. Richter, Wolk, Bäckermeister, Franziskaner Allee 81.
3. Hülsebeck, O. Tischlermeister. 3. Feind, W., Gastwirth, Weinstr. 11. Reineckerstr. 48a, II.
9) Spandauer Viertel. (Stadt-Bez. 202-217.)
1. Jacoby, Heinrich, Kaufmann, Heiligegeiststr. 21.
2. Toppich, Bernhard, Kaufmann, Spandauerstr. 58.
10) Rosenthaler Vorstadt. (Stadt-Bez. 218-254.)
2. Gentsen, Carl, Kaufm., Lothringenstr. 53.
3. Berliner, Erich, Brauereibes., Brunnenstr. 16.
4. Gröndel, W. Gastw., Brunnenstr. 18a.
5. Köhler, W., Rentier, Gutfienstr. 73.
11) Cranienburger Vorstadt. (Stadt-Bez. 255-278.)
2. Braunert, Karl, Malermeister, Schaulerstr. 10/11.
3. Schwerner, D., Ingenieur, 3. Gutermund, Rob. S. Kupferwaarenfabrikant, Schaulerstr. 9a.
12) Friedrich-Wilhelmshof, Thiergarten, Roabit. (Stadt-Bez. 279-304.)
1. Jahn, Franz, Kaufmann, Sigismundstr. 3.

AUSSTELLUNG AM KURFÜRSTENDAMM.
Letzte Woche!
CARL HAGENBECK'S INDIEN.
Schaustellungen in der gedeckten Arena:
5 und 7 Uhr nachmittags.
Vorstellungen im Indischen Theater
ab 4 Uhr beständig.
Avis! Schulkinder, wenn massenweise, zahlen an Wochentagen in Begleitung der Lehrer nur 10 Pf., wofür 5 Uhr-Schaustellung in der Arena frei! Lehrer haben völlig freien Zutritt.
Sonntag, den 2. Oktober: Abschieds-Schaustellung.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Großer Lichtbilder-Vortrag
des
Naturarztes E. Lindenau, staatlich nicht approbirt,
aber
Schwangerschaft u. s. w.
Naturgemäße Behandlung und Verhütung. - Wie erzielt man eine leichte Geburt?
Nur Damen haben Zutritt.
Unwissenheit ist der größte Feind des Weibes.
12678

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen.
Herkules-Baum für Berlin. Dieselbe ist in schönster praktischer Ausführung und braunen Streifen schön gefärbt. Eine außerordentlich harte Waare, sehr feine gewaschene, halbbare Rohmaterialien, breite, tiefe Leder-Pilot-Taschen, ein hohes bequemes Gesicht, richtig weit gearbeitete Schenkelstücke, welche der Hosen die größten Vorteile. Der Hosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Reifen der angenehmen Bandweite ist dabei angebracht. Die Knöpfe sind fest angebracht, nicht angebracht, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von
Bei Entnahme von 4 Mt. 50
6 Mt. 26 Mt.
Versandt nach auswärts von 20 Mt. an franko. - Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bandweite und der inneren Schenkellänge.

